Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,60 Mark; durch die Post bezogen 2,85 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 100848 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Freitag, den 10. Oktober 1924** | **4. Jahrgang * Nr. 187**

Regierungsprogramm — Dawes-Hungerprogamm!

Kampf um Ministersessel — Einig in der Grundfrage

Halle, 10. Oktober.

Der Reichskanzler hat für seine zukünftige Politik, so wie er sie zu führen gedenkt, Richtlinien den Fraktionen des Reichstages zugeschickt.

1. Die Verfassung vom 11. August 1919 wird als rechtsverbindliche Grundlage des staatlichen Lebens anerkannt. Jeder Versuch, ihre Abänderung auf ungesetzliche, insbesondere gewaltsame Weise herbeizuführen, wird demgemäß als Hochverrat zu verfolgen und zu bestrafen sein.

2. Die Richtung der Außenpolitik wird in erster Linie durch die Londoner Abmachungen bestimmt. Die auf Grund derselben erlassenen Reichsgesetze sind loyal auszuführen, ebenso wie wir die loyale Durchführung des Abkommens von unseren Vertragsgegnern erwarten. Die Regierung wird es sich angelegen sein lassen, die Auswirkung der übernommenen Verpflichtungen aufs sorgfältigste zu überwachen und die sich als notwendig erweisenden Abänderungen zu erreichen.

Die Aufnahme in den Völkerbund soll entsprechend der im deutschen Memorandum niedergelegten Auffassung erstrebt werden.

3. Bei der Lastenverteilung in Ausführung der bezeichneten Gesetze sollen die Maßstäbe der Wirtschaftsförderung und der sozialen Gerechtigkeit angewandt werden. Die bestehenden Finanzgesetze sollen nach diesen Gesichtspunkten durchgearbeitet werden.

4. Als eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung wird es betrachtet, die sozialen Leistungen dem Bedürfnis entsprechend zu steigern, sobald die finanzielle Lage des Reiches es irgendwie zuläßt.

5. Wirtschaftspolitisch wird möglichste Steigerung der Produktion und des Nutzungsgrades der Arbeit angestrebt werden, um die internationale Kredit- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu sichern, wie sie insbesondere auch unter dem Gesichtspunkte der Reparationsleistung unerläßlich ist. Ausgehend vom Grundsatze der wirtschaftlichen Freiheit werden staatliche Eingriffe nur insoweit in Betracht kommen, als sie notwendig erscheinen, um eine wirtschaftsschädliche Unterdrückung der Wirtschaftsfreiheit von anderer Seite abzuwehren. Bei Lösung der bevorstehenden außenhandelspolitischen Aufgaben wird mit der Stärkung der inländischen Produktion gleichzeitig auf die möglichste Förderung der Ausfuhr auf dem Boden von Gegenseitigkeit und Meistbegünstigung und die tunlichste Schonung des Verbrauches hingearbeitet werden.

Die sozialdemokratische Presse begrüßt diese Richtlinien mit dem Jubelgeschrei: „Verfassung, Erfüllung, Völkerbund, Wirtschaftsfreiheit." Die Sozialdemokraten haben dann auch dem Reichskanzler erklärt, daß sie bereit sind, in die Regierung der „Volksgemeinschaft", d. h. eine Regierung von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen, einzutreten. Die Deutschnationalen stellten dagegen Forderungen, die das Zentrum festlegen sollen. Herr Marx wollte aber eine bestimmte Festlegung seiner Partei allein nicht verantworten und erklärte darauf, daß er die Verhandlungen vorläufig als erledigt betrachte und erst mit den jetzigen Regierungsparteien erneut Stellung nehmen müsse. Die Deutsche Volkspartei schickte sofort ihre Vorsitzenden zu Marx und forderte die Regierungserweiterung nach rechts. Marx holte zu der Fraktionssitzung des Zentrums alle Minister z. D. und a. D. heran, um zu der neuen Situation Stellung zu nehmen. Die Presse der Deutschen Volkspartei fordert, um auf Marx einen Druck auszuüben, entweder die Aufnahme der Deutschnationalen in die Regierung oder die Auflösung des Reichstages. Daß Marx den Reichstag nicht auflösen wird, das weiß die Deutsche Volkspartei ganz gut, ebenso wissen die Sozialdemokraten, daß sie trotz aller Anbiederungsversuche nicht in die Regierung kommen.

Welche Bedeutung haben die Richtlinien des Reichskanzlers für die Arbeiterschaft?

Im 1. Punkt legt sich Marx auf die Weimarer Verfassung, d. h. was davon übriggeblieben ist, den § 48 dieser Verfassung fest. Mit keinem Worte ist in diesen ganzen Richtlinien die Republik erwähnt. Wir als Kommunisten pfeifen ja auf diese Republik, die Fassung dieses Punktes ist eine glatte Verbeugung vor den Deutschnationalen, deren führendes Mitglied Schlange-Schöningen erst vor kurzem erklärte, daß die Deutschnationalen die Monarchie erstreben. Der jetzige Kurs der Klassenjustiz und politischen Unterdrückung der Arbeiterschaft soll also fortgesetzt werden.

Im 2. Punkt verbeugt sich Marx vor den Morgan-Kapitalisten und führt ihnen ihre Profite zu. Der Londoner Versklavungspakt wird mit aller Brutalität durchgeführt, die arbeitende Klasse muß alle Lasten tragen, und durch den Eintritt in den Völkerbund soll das deutsche Proletariat Schlachtvieh für den Krieg der internationalen Kapitalisten gegen Sowjet-Rußland stellen.

Der 3. Punkt ist weiter nichts als eine Phrase. „So wie ich es auffasse", werden die herrschenden Kreise sagne und es als soziale Gerechtigkeit betrachten, daß die arbeitende Bevölkerung alle Lasten trägt und sie nichts.

Der 4. Punkt enthält die üblichen Versprechungen, die noch in keiner Regierungserklärung gefehlt haben und die niemals erfüllt worden sind. Die sozialen Leistungen werden solange nicht erfüllt werden, als nicht die Sozialrentner, Kriegsbeschädigten, Arbeitslosen usw. durch außenparlamentarischen Druck der Regierung Zugeständnisse abringen.

Der 5. Punkt enthält das wahre Gesicht dieser Regierung. „Steigerung der Produktion und Ausnutzung der Arbeit" bedeutet nichts anderes, als die schärfste Ausnutzung und Auspressung der Arbeiterschaft. Staatliche Eingriffe, „als sie notwendig erscheinen, um eine tödliche Unterdrückung der Wirtschaftsfreiheit von anderer Seite abzuwehren" bedeutet nichts anderes, als daß jeder Streik um ein Stück Brot mehr, um ein paar Pfennige Lohnerhöhung, mit den brutalsten Mitteln des Staatsapparates unterdrückt werden soll. Nichts anderes als die Aufhebung des Streikrechts wird hier angekündigt.

Das ist das Programm der Marx-Regierung, an der die Deutschnationalen teilnehmen werden und in die die Sozialdemokraten so gern hinein möchten. Diese Richtlinien fordern den schärfsten Kampf der gesamten Arbeiterschaft heraus. Die Wirtschaftskrise, die durch die Dawes-Gesetze noch gesteigert wird und im Laufe des Winters verheerende Folgen für die Arbeiterklasse hat, kann nur durch die Sozialisierung der Produktion beseitigt werden. Die KPD. hat dem Dawes-Gutachten das Gutachten der Arbeiterschaft entgegengestellt.

Gegen das Dawes-Gutachten und die Regierungspunkte der Marx-Regierung — das Sozialisierungs-Gutachten der Kommunistischen Partei.

Die Arbeiterschaft darf jetzt, nachdem die Regierungspolitik klar vor Augen liegt, nicht nur wirtschaftlich kämpfen, sondern muß auch den politischen Kampf führen.

Für die zehn Forderungen!

Wittenberg, 9. Oktober.

In einer gestern mittag stattgefundenen Belegschaftsversammlung der Tompsons-Werke (Belegschaft 300 Mann) wurde nach einem Referat über die wirtschaftliche Lage und die stattgefundenen Lohnverhandlungen folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Belegschaftsversammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem für die Seifenindustrie gefällten Schiedsspruch, der mit 1 und 2 Pfennig „Lohnerhöhung" eine direkte Verhöhnung der notleidenden Arbeiterschaft bedeutet.

Die Versammlung ist sich klar darüber, daß der Kampf um die Verbesserung der Lebenshaltung der Werktätigen nur in geschlossener Front und auf breitester Grundlage geführt werden kann. Sie sieht in den zehn Forderungen der Gothaer Betriebsräte diese Grundlage, macht sich diese zu eigen und fordert den Ortsausschuß Wittenberg des ADGB. auf, schnellstens mit den Gothaer Kollegen in Fühlung zu treten, um die geschlossene Kampffront so schnell als möglich herzustellen."

Wittenberg, 10. Oktober.

In der gestern stattgefundenen Belegschaftsversammlung der „Wasag" (Belegschaftsstärke 2000 Mann) wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Belegschaft der „Wasag" stellt sich hinter die angenommenen Resolutionen der Stickstoffwerke Piesteritz vom Dienstag, den 7. Oktober (10 Gothaer Forderungen)."

Außerdem ist noch eine Resolution mit folgendem Wortlaut zur Annahme gekommen:

„Die am 9. Oktober tagende Belegschaftsversammlung der „Wasag" nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem neuerlichen Vorgehen der Riedner-Schergen und protestiert auf das Entschiedenste gegen die Verhaftung des „Klassenkampf"-Redakteurs. Sie fordert die sofortige Haftentlassung aller politischen Gefangenen."

Eilenburg, 9. Oktober.

Die Belegschaft der Pianofortefabrik Zimmermann (Belegschaftsstärke 700 Mann) hat in ihrer Belegschaftsversammlung die zehn Forderungen angenommen.

Steigerung des hallischen Lebensindex um 4 %

Die hallischen Indexziffern vom 8. Oktober 1924 sind laut Berechnung des Statistischen Amtes (auf der Grundlage der fünfköpfigen Normalfamilie, bezogen auf 1913/14 = 1):

1. Gesamt-Index, d. i. Lebenshaltung einschl. Bekleidung (Veränderung gegenüber der Vorwoche + 2,3 Prozent); 1 111,2 Milliard.
2. Lebenshaltung ohne Bekleidung, d. i. Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung 1068,5 Milliarden (+ 2,7 Prozent).
3. Ernährung 1212,0 Milliarden (+ 3,8 Prozent).

Die mißlungene Polizeiaktion gegen den „Klassenkampf"

Die hallische politische Polizei hat bei ihrer jüngsten Aktion gegen die Kommunisten keine Lorbeeren geerntet. Wir teilten gestern mit, daß sie einen unserer Redakteure verhaftete, da er angeblich mit einem gesuchten Kommunisten identisch sein sollte. Sehr bald stellte sich aber heraus, daß sie einen Fehlgriff getan hatte, und unser Genosse mußte nach kurzer Zeit wieder entlassen werden.

Herr Runge mag sich trösten. Der Geheimerlaß des Herrn Jarres hat ihm ja Winke genug gegeben, wie er gegen die Kommunisten vorzugehen hat. Nur weiter so!

Wer ist der Düpierte?

Stahlhelm-Mordtag, Runge, Volksblättchen und die Republik

* **Halle**, 10. Oktober.

„Und klirre wieder mit dem Schutzmannssäbel, wie einst im Mai" — so mahnten wir in unserer gestrigen Nummer die Sozialdemokratie.

Blättchen hat diesen guten Rat prompt befolgt. Nachdem es sich seit Tagen über den Stahlhelm-Mordrummel verlegen ausgeschwiegen hatte, überfiel es seine ahnungslosen Leser gestern mit der riesengroßen Ueberschrift: „Die Republik verlangt das Verbot des hallischen Stahlhelmsonntags". In den Köpfen des Bäckerdutzend „Volksblatt"leser wird es bös herumgewirbelt haben. Wer verlangt? Die Republik? Aber Grützner und Runge haben doch nicht verlangt. Sind sie etwa nicht die Vertreter der Republik?

Blättchen ist in einer schweren Lage. Die Frage des hallischen Mord-Sporttags wächst sich zu einem riesengroßen sozialdemokratischen Skandal aus. Nach seinem Programm, auf das wir noch eingehen werden, ist an dem faszistisch-militärischen Charakter des Mordtags nicht zu zweifeln. Und immer größere Empörung bemächtigt sich der hallischen Arbeiterschaft, daß die Sozialdemokraten Runge und Grützner dazu die Erlaubnis gaben. Die Lümmel in der Blättchenredaktion (Kasparek und Kumpane) sind natürlich auch mit ganzem Herzen beim Stahlhelm, genau wie Grützner und Runge. Aber sie müssen eben etwas mehr Rücksicht nehmen auf die Stimmung der dummen Proleten. Und so setzen sie dann die gestrenge Miene des Richters auf und lesen Herrn Runge folgendermaßen die Leviten:

„Die Hauptschuld, das muß hier unzweideutig festgestellt werden, liegt in dem vom republikanischen Standpunkt unqualifizierbaren Ausweichen des hallischen Polizeipräsidenten vor den tatsächlichen Verhältnissen. Es ist heute nicht zum ersten Male, daß sich der Leiter der hiesigen Polizei von Leuten beschwatzen läßt, die ihr Ehrenwort in jedem gewünschten Falle geben, es aber nur unter ihresgleichen für bindend erachten.

Es ist unerträglich, daß die Polizeileitung, die in den Händen eines Sozialdemokraten ruht, über dessen republikanische Energien kein Zweifel bestehen sollte, trotz der jämmerlichen Erfahrungen vom 11. Mai, dem Treiben des Stahlhelms erneut Vorschub leistet, indem er sich in seinem Bericht an seine vorgesetzte Behörde der Argumente des Stahlhelms selbst bedient."

Hier ist zweifelsfrei ausgesprochen, daß Herr Runge, der berüchtigte sozialdemokratische Polizeipräsident von Halle, vom „republikanischen Standpunkt" aus unqualifiziert ist, daß er ein Freund des Stahlhelms ist, den er in Eingaben an seine vorgesetzte Behörde direkt unterstützt. Das ist ein wertvolles Eingeständnis aus einem schwachen sozialdemokratischen Stündchen. Die hallische Arbeiterschaft wird sich diese Feststellung merken. Für sie war der Mann, der verantwortlich ist für die Polizeiaktionen gegen wehrlose Arbeiter, allerdings längst erledigt. Aber hier handelt es sich um ein Eingeständnis, das von sozialdemokratischer Seite selber gemacht wird. Wahrlich, eine elendere Bankrotterklärung, als diese Feststellung über Runge, ist uns selten zu Gesicht gekommen.

Lümmel-Kasparek glaubt allerdings, sich durch einen taktischen Schachzug wenigstens teilweise aus der unangenehmen Situation ziehen zu können. Dem schwarzen und rettungslos verlorenen Runge stellt er den ahnungslosen, nur aus Versehen auf die faszistenfreundliche Bahn geschlitterten Grützner gegenüber. Die Stahlhelmleute hätten eine „Schwäche" Grützners ausgenützt, indem sie ihm versprochen hätten, Duesterberg für die Zeit der Veranstaltung kaltzustellen. Diese Entschuldigung glaubt selbst in der Blättchenredaktion kein Mensch. Uns liegt das gedruckte Festprogramm des Mordtags vor, nach dem die Begrüßungsansprache „Landesverbandsführer Kamerad Oberstleutnant Duesterberg" halten wird. Das wußte Grützner ganz genau. Er hat sich nicht „überreden" lassen, wie „Volksblättchen" glauben machen will, sondern er war von Anfang an bereit und gewillt, die Faszisten zu unterstützen. Sein anfängliches Verbot sollte nur der hallischen Arbeiterschaft Sand in die Augen streuen. Durch diese schlaue Rechnung haben wir im „Klassenkampf" einen dicken Strich gemacht.

Zum Schluß seines gestrigen Artikels schlägt Blättchen starke Töne an. Es ruft nach der Hilfe der „verantwortlichen Behörden" gegen die Faszistendemonstration. Wohlgemerkt, eben hat Blättchen festgestellt, daß die „Verantwortlichen", die Runge und Grützner, mit den Sahlhelmmordbanditen paktieren. Dieselben republikanischen Behörden sollen nun helfen! Wer lacht da? Den gleichen Eindruck macht die fürchterliche Drohung des Blättchens, wenn die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241010-12/fragment/page=0001

Behörden nicht eingriffen, würde „das neugebildete Heer der Republik den Schutz selbst" übernehmen. Das ist nur eine elende Großsprecherei der Kasparek-Leute. Die republikanische Nachtwächtergarde Schwarz-Rot-Senf wird natürlich ihren faszistischen Freunden nicht ins Handwerk pfuschen. Beide, Stahlhelm wie Reichsbanner, sind doch nur Schutztruppen der „Ordnung", das heißt Beschützer des Morgan-Profits. Sie ziehen an demselben Strick. Sie haben beide dieselbe Front: gegen die hungernden Ausgebeuteten!

Während sich so der sozialdemokratische Verrat, die republikanische Feigheit immer mehr entlarvt, arbeiten die hallischen Faszisten zielbewußt weiter daran, den kommenden Sonntag zu einem Aufmarsch zu machen, der selbst den 11. Mai weit in den Schatten stellen wird. Uns liegt das gedruckte Programm vor. Aus ihm geht hervor, daß zu den Leitern des Tages der berüchtigte General Maercker gehört, dessen Charakterisierung wir uns bei der hallischen Arbeiterschaft ja sparen können. Daß die Faszisten beabsichtigen, wieder einmal die ganze Stadt unter ihren Terror zu stellen, ging bereits aus ihrer Aufforderung, die Arbeitermordbahnen zu hissen, hervor. Das Programm ordnet dazu noch an, daß die „Straßenmitte unter allen Umständen freizuhalten" sei, die Klausberge werden „für Publikum gesperrt". Wie man sieht, hat Herr Runge den Faszisten weitgehende Erlaubnis gegeben. Sie maßen sich direkt Polizeibefugnisse an.

Wenn die Pressestelle des Stahlhelms behauptet, wir legten ihnen „falsche Absichten" unter, so geht aus alledem doch klar hervor, welchen Charakter der kommende Sonntag tragen wird. Die hallische Arbeiterschaft wird daraus ihre Lehren ziehen. Die Stahlhelmbanditen und ihre sozialdemokratischen Busenfreunde vom Schlage der Runge-Grüttner-Kasparek irren sich, wenn sie glauben, die mitteldeutsche Arbeiterschaft würde sich dauernd derartige Provokationen gefallen lassen.

Sie wird zu gegebener Zeit darauf antworten.

Reichsbanner als Mordhelfer der Reichswehr

Grimma, 10. Oktober.

In einer öffentlichen Versammlung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Schwefelgelb führte Polizeioberst Schützinger aus, daß das Reichsbanner nicht nur ein Anhänger der Sozialdemokratie sei. Alle Parteien, vor allem die Führer des Zentrums und der Demokratischen Partei, unterstützen das Reichsbanner. Das Reichsbanner habe die Aufgabe, **in Zeiten der Not sich hinter Reichswehr und Polizei zu stellen**, unbekümmert darum, ob der Kampf gegen die Reaktion oder gegen die Kommunisten (d. h. gegen die Arbeiterschaft) ginge.

Die Polizeifrage vor dem Preußischen Landtag

Berlin, 10. Oktober.

Der Preußische Landtag hatte gestern eine große Debatte über Polizeifragen. Die bürgerlichen Redner stellten sich uneingeschränkt hinter die reaktionären Polizeioffiziere und lehnten alle Anklagen der Kommunisten über brutale Mißhandlung von Arbeitern als unbegründet ab. Aus den Reden unserer Genossen, die wir noch ausführlich bringen werden, greifen wir heraus:

Genosse Obuch führt Beschwerde über das von manchen Polizeibeamten geübte Verfahren, gelegentlich der Vernehmung eines Angeschuldigten, diesen auch als Zeugen über andere Angelegenheiten zu vernehmen.

Genossin Ahrendse trägt einzelne Beschwerden über Verhalten und Ton von Schupobeamten vor.

Dann spricht ein Regierungsvertreter, der allerhand schöne Worte über die Lage der unteren Polizeiorgane macht und sie als rosig hinstellt. Eine Erhöhung ihrer Bezüge lehnte er natürlich ab.

Genosse Kilian erhebt dann Beschwerde über zu hohe Ausgaben für Sonderaktionen der Schutzpolizei, wie zum Beispiel jetzt in Potsdam. Potsdam habe wie ein großes Heerlager ausgesehen. Es sei wohl nicht nötig gewesen, derartige Mengen von Schupobeamten von Berlin nach Potsdam zu transportieren.

Genossin Seffke: Die „verstärkte" Polizei im Ruhrgebiet hat sich brutal benommen; bei Streiks hat sie die Streikbrecher beschützt, wofür die Industriellen das Geld geliefert haben.

In der darauffolgenden Diskussion nahmen unsere Genossen und noch verschiedentlich Regierungsvertreter das Wort. (Wir werden darüber nach berichten. D. R.)

Für die Knebelung der Kommunisten

Berlin, 9. Oktober.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Preußischen Landtags bemüht sich unausgesetzt, die Rechte der Kommunisten im Parlament zu schmälern. Nachdem schon dem Präsidenten das Recht eingeräumt worden ist, die von den Kommunisten eingebrachten „Großen Anfragen" nach Belieben zu ändern wenn ihm der Wortlaut „anstößig" erscheint, soll jetzt nach einem Beschluß des Geschäftsordnungsausschusses vom 8. Oktober den Kommunisten verwehrt werden, Uranträge im Plenum zur Verlesung zu bringen, bevor sie nicht dem Präsidenten überreicht und gedruckt sind. Die sozialdemokratischen Vertreter stimmten dieser neuen Strangulierung zu, weil sie den „Mißbrauch der Freiheit" verhindern wollen.

Weiter beschloß der Geschäftsordnungsausschuß daß Anträge auf Aufhebung der Immunität auch von Privatpersonen gestellt werden können. Natürlich richtet sich das auch nur gegen die Kommunisten. Was die Staatsanwälte noch versäumen, soll durch Privatpersonen nachgeholt werden. Außerdem lagen dem Geschäftsordnungsausschuß Anträge auf Aufhebung der Immunität der Genossen Geschke und Plenge vor, die aber noch nicht zur Erledigung kamen.

Auch bei den Rechten der Abgeordneten im Falle einer Landtagsauflösung möchte man gegenüber den Kommunisten eine Ausnahme machen um diese in der Wahlagitation zu behindern. Nach den verfassungsrechtlichen Bestimmungen besteht die Volksvertretung, auch im Falle einer Auflösung, bis zur Neubildung des Parlaments, d. h. der Neuwahl. Damit besteht auch die Immunität der Abgeordneten bis zu diesem Tage. Dies möchte man aber am liebsten den kommunistischen Abgeordneten nehmen, indem man den Abgeordneten nehmen, indem man den Abgeordneten nach der Auflösung des Parlaments nur das Recht auf Benutzung der Freifahrkarte einräumen will. Eine Entscheidung darüber soll in aller Kürze gefällt werden, weil mit der Auflösung des Reichstages und des Landtages gerechnet wird.

Cachin darf nicht reden!

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 10. Oktober.

Im letzten Augenblick war der JAH. durch besonderen Boten ein Polizeibefehl zugestellt worden, in dem befohlen wurde, daß Genosse Cachin nicht in der angekündigten Kundgebung der JAH. sprechen dürfe. Trotzdem nahm die Massenkundgebung einen glänzenden Verlauf. Wie im Verbot angekündigt, hielten zwei Grüne die Rednertribüne besetzt und ein starkes Polizeiaufgebot hielt vor dem Saal Wache. Trotzdem war ein anderer französischer Genosse zur Stelle, und die Polizei konnte es nicht verhindern, daß die französischen Proletarier zu den deutschen Klassengenossen sprachen und ihre Solidarität bekundeten.

Im Gefängnis zum Wahnsinn getrieben!

(Eig. Drahtm.) **Essen**, 10. Oktober.

In Essen fand ein umfangreicher Prozeß gegen 13 Arbeiter statt. Im Verlaufe des Prozesses wurden Enthüllungen über die unmenschlichsten Mißhandlungen gefangener Arbeiter gemacht.

Es handelte sich um die sogenannten Wanner Unruhen. Während der Angeklagte Pick mit dem stellvertretenden Amtmann in Wanne im Rathaus verhandelte, kam es draußen auf dem Platze, auf welchem eine zehntausendköpfige Menschenmenge war, zu schweren Zusammenstößen. Die Eickeler Separatisten überfielen die Arbeiter. Bei der darauffolgenden Schlägerei hatte die Polizei einige Verwundete, die Arbeiterschaft hatte 10 Tote und 32 Schwerverwundete.

Einer der Angeklagten, Jantzen, war während der Untersuchungshaft irrsinnig geworden. Nach seiner Verhaftung ist er so unmenschlich mißhandelt worden, daß er infolge dieser Mißhandlungen geisteskrank geworden ist.

Der Angeklagte Soberenski war ebenfalls nicht verhandlungsfähig. Er hat die grauenhaftesten Martern erleiden müssen. Infolge seiner Quälereien ist er im Gefängnis vollkommen geisteskrank geworden. Obwohl der Arzt in seinem Gutachten vom 3. Juni schon erklärte, daß Soberenski außerordentlich geistesschwach und seine baldige Entlassung notwendig sei, waren alle Anträge des Rechtsanwalts auf Haftentlassung und alle Beschwerden ohne Erfolg.

Man hat das Gefühl, als hätte es die Staatsanwaltschaft direkt darauf angelegt, die geistige Gesundheit der Angeklagten vollkommen zu zerrütten.

Während der Verhandlung waren 37 Zeugen aufgeboten worden. Aber der größte Teil der Entlastungszeugen wurde, wie es ja schon längst zur Praxis der Gerichte geworden ist, einfach abgelehnt. Nach zweitägiger Verhandlung wurden die Angeklagten Pick, Heyer und Schlapp wegen schweren Landfriedensbruchs verurteilt. Pick erhielt 1 Jahr Gefängnis, Heyer 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und Schlapp 2 Jahre Zuchthaus.

Seit ¾ Jahr in Haft ohne Anklage

(Eig. Drahtm.) **Breslau**, 10. Oktober.

Am 30. Januar 1924 wurde der Genosse Alwin Heuke mit mehreren anderen Genossen in Breslau verhaftet und in das völlig verlauste Gefängnis Schuhbrücke eingeliefert. Vier Wochen lang mußte der Genosse in der völlig verlausten Zelle zubringen ohne die Möglichkeit einer Reinigung; in der Regel wurde er abgefertigt mit der Bemerkung, daß die Wachtmeister auch Läuse hätten. Zum Spaziergang wurde der Genosse täglich 15 Minuten in einen Luftschacht gesperrt, dessen Fläche die Größe einer Zelle hatte.

Am 22. April wurde Heuke einmal vernommen; sein Verbrechen besteht angeblich in der Fortführung der Kommunistischen Partei während des Verbots. Seitdem sitzt der Genosse ohne jede Vernehmung in Untersuchungshaft; die Voruntersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Auch der Genosse Eildermann sitzt so lange in den Breslauer Gefängnissen, ohne daß gegen ihn Anklage erhoben worden ist. Wie lange sollen die Genossen noch im Gefängnis schmachten? Will man die Genossen zu Tode quälen?

Wäre es nicht besser, die SPD. würde sich um die deutschen Gefangenen kümmern, anstatt die Kampagne der englischen Imperialisten gegen Georgien zu unterstützen?

Bayrische Justiz

München, 9. Oktober.

Vor dem Schwurgericht München hatten sich wegen Verbrechens der Fortführung der Kommunistischen Partei in Bayern drei kommunistische Funktionäre, darunter der Berliner Schlosser König, zu verantworten. König wurde zu 4 Monaten, die beiden anderen zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Niedner an der Arbeit

Leipzig, 9. Oktober.

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte heute sechs Handwerker aus Friedrichshafen wegen Vorbereitung zum Hochverrat auf Grund von Paragraph 7 Ziffer 4 des Gesetzes zum Schutze der Republik in Tateinheit mit Vergehen gegen Paragraph 36 des Strafgesetzbuches zu mehrjährigen Gefängnisstrafen. Es erhielten der Schlosser Karl Katz 4 Jahre Gefängnis und 300 Mk. Geldstrafe, der Schlosser Karl Daures 3½ Jahre Gefängnis und 200 Mk. Geldstrafe, der Mechaniker Karl Kloß 2½ Jahre Gefängnis und 100 Mk. Geldstrafe, der Schlosser und Büchsenmacher Otto Eck, der Magaziner Franz Lang und der Schlosser Oskar Beck je 1 Jahr 3 Monate Gefängnis und 100 Mk. Geldstrafe. Aus der Verhandlung und der Begründung des Urteils geht hervor, daß die Angeklagten die Ziele der Kommunistischen Partei unter Umständen mit Waffengewalt durchsetzen wollten. Sie hatten zum Teil Handgranatenhülsen hergestellt oder solche in Aufbewahrung genommen.

Wenn Völkische die Reichswehr beleidigen:

(Eig. Drahtm.) **München**, 10. Oktober.

Der verantwortliche Schriftleiter Müller des völkischen „Kurier" veröffentlichte am 20. März 1924 einen Artikel, in dem er sagte, daß mit der Reichswehr ein Spiel getrieben werde. Sie werde von ihren Vorgesetzten und der Regierung mißbraucht. Der Artikel fordert die Soldaten auf, Umkehr zu halten und zu dem Siege des völkischen Gedankens in der Reichswehr zu verhelfen.

Der Angeklagte erhielt an Stelle eines Monats Gefängnis 1500 Mark Geldstrafe.

*

Nun ist erst ganz kurze Zeit vergangen, als der Kommunist Dieke vor den Schranken des Staatsgerichtshofes stand. Dieke hatte Reichswehrsoldaten Flugblätter gegeben und sie aufgefordert, auf keinen Fall auf Arbeiter zu schießen. Dieke wurde deswegen zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 200 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Es gibt doch noch Richter in Deutschland!

Das Gefängnis-Paradies in Altona

Eine „Berichtigung"

Anfang August veröffentlichten wir eine Zuschrift aus dem Gerichtsgefängnis in Altona, die ein erschreckendes Bild der Zustände in dieser Ordnungshöhle gab. Daraufhin sendet uns der „Präsident des Strafvollzugsamts" in Kiel folgendes Schreiben:

„Es ist nicht richtig, daß im Gerichtsgefängnis Altona die Gefangenen im Winter nur eine Decke, und zwar solche aus einer schweren, undefinierbaren Masse erhalten. Die Gefangenen erhalten im Winter stets zwei Decken. Schwächliche und kränkliche Gefangene erhalten drei Decken. Die Decken bieten hinreichenden Schutz gegen Kälte. Sie sind zum größten Teil ganz aus Wolle hergestellt, zum kleineren Teil aus Wolle mit Baumwolle gemischt. Sie werden sauber gehalten und vor Ausgabe desinfiziert und gereinigt. Außerdem erhält jeder Gefangene einen waschbaren Bezug zum Einbinden der Decken.

Es ist nicht richtig, daß den Gefangenen verboten wird, eigene Unterwäsche zu tragen. Allen Untersuchungsgefangenen wird, sofern sie über ausreichende, ordentliche und schickliche Wäsche verfügen, auf Wunsch stets gestattet, eigene Wäsche zu tragen.

Es ist nicht richtig, daß die ärztliche Hilfsbereitschaft „jeder Beschreibung spottet". Jeder Gefangene, der über Krankheit klagt oder Anzeichen einer Erkrankung zeigt, erhält ärztlichen Zuspruch und die erforderliche Behandlung. Insbesondere ist diese auch dem in der Zuschrift erwähnten „kranken Inhaftierten" zuteil geworden. Die ärztliche Untersuchung hat ergeben, daß dieser, ein schwerer Einbrecher, simulierte, um aus der Haft entlassen zu werden.

Es ist nicht richtig, daß das Essen „alles zu wünschen übrig läßt", daß es Fleisch überhaupt nicht und nur solche Fische gibt, die nicht einwandfrei sind. Die Nahrungsmenge der Gefangenen ist so bemessen, wie die Erhaltung von Gesundheit und Körperkraft eines Menschen es erfordern. Die Kost wird wohlschmeckend und in der erforderlichen Abwechslung zubereitet. Fleisch gibt es jede Woche einmal; ebenso jede Woche einmal Fisch. Dieser gelangt stets ganz frisch zur Verwendung."

Dies unverschämte Schreiben macht es kaum notwendig, daß wir darauf antworten. Es spricht für sich. Es ist wirklich der Gipfelpunkt, die zuständigen deutschen Gefängnisse als „einwandfrei" hinzustellen. Was der Herr Strafvollzugspräsident uns da mitteilt, ist ein ganz netter Auszug aus der Hausordnung. Davon, wie es praktisch in den Zellen aussieht, weiß dieser hohe Herr natürlich nichts.

Der Preisabbauschwindel geht weiter

Die „Voss. Ztg." meldet, daß gestern zwischen den zuständigen Stellen Beratungen über weitere Maßnahmen im Rahmen der Preisabbauaktion stattfanden. Man gehe mit dem Plan um, mit Hilfe einer Lockerung verschiedener Einfuhrverbote Einfluß auf die Preisbildung auszuüben. Des weiteren sei ein Vorgehen auf dem Gebiete der Kartellbildung ins Auge gefaßt.

Die bürgerliche Presse versucht die Oeffentlichkeit über die täglich steigende Teuerung zu beruhigen. Jedermann fühlte die Verteuerung der Lebensmittel am eigenen Leibe, selbst in den amtlichen Angaben über die Lebenshaltung wird zugegeben, daß sie täglich teurer wird. So stellt der Lebenshaltungsindex in Sachsen fest, daß die Preise für Lebensmittel in der letzten Woche um 2 Prozent gestiegen sind.

Die Arbeiter beginnen sich zu rühren und den Kampf um Erhöhung der Löhne vorzubereiten. Neben der Einrichtung von Betriebsspitzeln und Einsetzen des Staatsapparates und der Hilfsorgane (Schlichtungsausschüsse, Tarif, reformistische Gewerkschaftsführer) muß die Arbeiterschaft auch ideologisch beeinflußt werden. Die Meldung der „Vossischen Zeitung" hat keinen anderen Zweck, als in den Köpfen der Arbeiter die Hoffnung und den Glauben zu erwecken, daß von den Behörden ernstlich für den Preisabbau etwas getan wird. Schwindel, nichts als ausgemachter Schwindel. Wenn wirklich einige Einfuhrverbote aufgehoben werden, dann kommt es nur den Grossschiebern zugute. Die Preise der Lebensmittel können infolge der Dawes-Gesetze und der feststehenden Steuerscheu der herrschenden Klasse gar nicht herabgesetzt werden, die Lage der Arbeiterklasse muß bei der Durchführung der Dawes-Gesetze relativ verschlechtert werden.

Einen Preisabbau bei gleichzeitigem Feststehen der Löhne, also eine Besserung der Lebenslage der Arbeiterklasse, kann nur dann eintreten, wenn der Dawes-Plan zerrissen, die Herrschaft der Schwerindustrie beseitigt wird.

Lehrreiche Zahlen!

Nach einer Aufstellung des „Reichsarbeitsblattes" über die Arbeitslosenstatistik der Gewerkschaften kamen auf je 100 Gewerkschaftsmitglieder der großen gewerkschaftlichen Fachverbände folgende Anzahl von Erwerbslosen:

	Juni	Juli	August
Metallarbeiterverband	16,5	20,2	20,5
Textilarbeiterverband	3,3	6,8	7,2
Bauarbeiterverband	10,1	10,6	11,4
Holzarbeiterverband	12,0	15,4	15,2
Bekleidungsarbeiterverband	12,1	18,3	20,2

An Kurzarbeitern kamen auf 100 Gewerkschaftsmitglieder:

	Juni	Juli	August
Metallarbeiterverband	31,4	49,4	52,1
Textilarbeiterverband	30,8	46,3	45,0
Holzarbeiterverband	14,2	19,2	18,9
Bekleidungsarbeiterverband	19,8	35,1	30,1
Heizer u. Maschinisten	9,3	15,7	20,0

Diese Zahlen zeigen mit erschreckender Deutlichkeit die Schärfe der Krise des Kapitalismus in Deutschland. Darüber hinaus aber ergeben sie die unerbittliche Notwendigkeit für das deutsche Proletariat und für die Kommunistische Partei als dessen Führerin, einen energischen Kampf zu führen **gegen die Erwerbslosigkeit, gegen die Kurzarbeit.**

Sind Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit die Folgen der Rückständigkeit der Produktionsmittel in Deutschland, sind sie in ihrer Steigerung von Juli bis August bereits erste Anzeichen der Auswirkungen des Sachverständigengutachtens, so zeigt sich, daß der Kampf gegen das Sachverständigengutachten am besten geführt wird, wenn er nicht als losgelöste Aktion geführt wird, sondern wenn er **eng verbunden ist mit dem Kampf gegen die Auswirkungen**, mit dem Kampf gegen die Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit. Es ergibt sich gleichzeitig daraus, daß mit diesen beiden Kämpfen eng verbunden ist der Kampf um die **Erhöhung der Löhne**, gegen die Versuche, die **Arbeitszeit** weiter zu verlängern, für die Rückeroberung des Achtstundentages.

Der Kampf gegen das Sachverständigengutachten und seine Auswirkungen, wie der Kampf gegen die Schutzzölle, erfährt seine Konkretisierung, seine Vergegenständlichung durch die Durchführung der Kämpfe gegen die Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit, für die Erhöhung der Löhne, für den Achtstundentag.

Die Arbeiter gegen Crispien

Gegen die Lügenhetze des „Volksblatts"

Anläßlich der von den Düsseldorfer Arbeitern gesprengten Crispien-Versammlung treibt das hallische „Volksblatt" eine unerhörte Lügenhetze. Wie uns aus Düsseldorf mitgeteilt wird, verlangten die Arbeiter, durch das bisherige Verhalten der sozialdemokratischen Redner belehrt, vor dem Referat Zusicherung der Diskussionsfreiheit. Sie wollten offenbar eine Rede nur dann dulden, wenn die Möglichkeit garantiert würde, den sozialdemokratischen Unsug zu berichtigen, weil die SPD. ihre Versammlungen nach den Referaten, aus Furcht vor der Aussprache, selbst zu sprengen pflegt. Als man Geschäftsordnungsanträge nicht zuließ, sondern Crispien das Wort erteilte, setzte ein ungeheurer Tumult ein. Als einige Kommunisten auf die Tribüne eilten, um die Versammlung zu beruhigen und die Leitung aufzufordern, die Diskussionsfreiheit zuzusichern, wurden sie von SPD.- und Reichsbannerleuten **tätlich angegriffen**. Das löste unter der Arbeiterschaft eine derartige Empörung aus, daß sie die Versammlung sprengte. Das „Volksblatt" behauptet, der Tumult sei von der KPD. organisiert gewesen. Das ist völlig erlogen. Das provozierende Verhalten der sozialdemokratischen Versammlungsleitung, welche die Arbeiter nicht zu Wort kommen lassen wollte, löste unter den Proleten eine derartige Empörung aus, daß die Sprengung unvermeidlich wurde.

Gegen den bayrischen Ausnahmezustand

München, 9. Oktober.

Die kommunistische Fraktion hat im Landtag neuerdings einen Antrag eingebracht, in welchem die Außerkraftsetzung des bayrischen Ausnahmezustandes einschließlich sämtlicher diesbezüglicher Verordnungen verlangt wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241010-12/fragment/page=0002

Die internationale Konferenz in Köln

Einmütig für Organisierung des Kampfes gegen den Dawes-Plan

(Eig. Drahtm.) **Köln, 10. Oktober.**

Gestern tagte im „Volkshaus" die internationale Konferenz kommunistischer Parlamentarier. Außer den 55 deutschen Delegierten waren 24 Delegierte aus Frankreich, England, der Tschechoslowakei, der Schweiz, Italien, Belgien, Holland und Ungarn eingetroffen.

Genosse Katz eröffnete die Konferenz mit der Aufforderung, den Widerstand gegen den Dawes-Plan, welcher Not, Elend und vermehrte Ausbeutung bedeutet, in den Arbeitermassen zu organisieren. Die Folgen des Dawes-Planes werden auch für Frankreich, England, Tschechoslowakei und die übrigen Länder in Beseitigung des Achtstundentages, Lohnkürzungen und der völligen Niederknüppelung der Arbeiter bestehen.

Namens der Kölner revolutionären Arbeiter begrüßte Genosse Winterich die Konferenz.

Dann sprachen die ausländischen Vertreter und brachten zum Ausdruck, daß das Proletariat in ihren Ländern bereits erkannt hat, daß nicht nur das deutsche Proletariat unter der Durchführung des Dawes-Planes zu leiden habe, daß sich auch in ihren Ländern verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung als Folge des Dawes-Planes bemerkbar machen würden. Daher ist es unsere größte Aufgabe, den Kampf gegen den Dawes-Plan und seine Durchführung mit allen Mitteln zu organisieren. Durch die Aufrollung des Kampfes um den Dawes-Plan werde gleichzeitig der Kampf für die Befreiung der politischen Gefangenen und für die Einheit der Gewerkschaften aufgerollt werden. Sämtliche Resolutionen und Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt.

Internationales Jugendmeeting in Düsseldorf

(Eig. Drahtm.) **Düsseldorf, 10. Oktober.**

Am 8. Oktober fand im „Volkshaus" ein internationales Jugendmeeting, einberufen von der Kommunistischen Jugend, statt. Die gutbesuchte Versammlung nahm mit großer Begeisterung die Berichte der Vertreter der französischen und belgischen Jugendorganisationen sowie des Vertreters der Kommunistischen Jugendzentrale entgegen. Außerdem sprach ein Vertreter des Exekutiv-Komitees der Kommunistischen Jugend-Internationale. Die Ausführungen sämtlicher Redner zeigten die Einmütigkeit des internationalen Proletariats im Kampf gegen das Dawes-Gutachten und seine Wirkungen auf die Arbeiterschaft.

Der Kongreß der Labour Party

Zweiter Tag.

Von unserem Sonderberichterstatter.

London, 9. Oktober.

Am zweiten Tage wurde über den Bericht der Parlamentsfraktion diskutiert. Genosse Campbell greift die Politik der Partei und der Arbeiter-Regierung an, die die Rüstungen noch gesteigert habe. Die Arbeiter-Regierung setzte die Politik ihrer konservativen Vorgänger fort und habe alle vor der Wahl gegebenen Versprechungen aufgegeben. Campbell fragt, **wo der Pazifismus der Arbeiter-Regierung gegenüber den Kolonialvölkern geblieben sei?** Er wirft der Regierung Heuchelei vor. Seine Rede wird mit großem Beifall aufgenommen.

Clynes tritt ihm mit lahmer Verteidigung gegenüber. Clynes' Hauptargument ist die Behauptung, daß jetzt sieben Millionen Pfund weniger ausgegeben würden. Campbell greife die Arbeiter-Regierung an, weil sie nicht pazifistisch sei; auf der anderen Seite träte Campbell aber für die Bewaffnung des Proletariats ein.

Als weitere Redner die Politik der Partei angreifen, greift der Vorsitzende Cramp ein und versucht, die Debatte abzuwürgen. Die Seeleute greifen den Arbeitsminister Shaw an, der abgelehnt hat, eine Deputation der Seeleute zu empfangen. Shaw verteidigt sich und erklärt, er habe keine Befugnisse, einen Gesetzentwurf über den Achtstundentag für Seeleute einzubringen, und dabei beruft er sich **auf das Washingtoner Abkommen, das für Seeleute längere Arbeitszeit vorsieht.**

Die Debatte über die Außenpolitik bringt sehr scharfe Kritik am Dawes-Plan. Der Kommunist Valentin begründet einen Antrag auf Ablehnung dieses Teiles des Berichtes. Der Vorsitzende lehnt die Abstimmung über den Antrag ab und verweist auf eine Resolution, die zur Debatte steht. Saklatvalla aber teilt mit, daß das Resolutionskomitee diese Resolution bereits geprüfen habe. Saklatvalla ergreift darauf selbst zur Sache das Wort und erklärt, **die englische Arbeiterschaft lehne den Dawes-Plan ab. Der Kampf gegen den Sachverständigenplan müsse fortgesetzt werden.** Der Antrag auf Ablehnung des Berichts über das Londoner Abkommen wurde gegen eine starke Minderheit verworfen.

Die Resolution über die Nationalisierung der Bergwerke wird von Cook (Bergarbeiterführer), der mit großem Beifall empfangen wird, begründet. Cook weist nach, daß heute ein Zehntel der Arbeiterschaft direkt mit der Kohlenindustrie verbunden ist. Er schildert die traurige Lage der Bergarbeiter und fordert den Kampf gegen das Elend. Cooks Rede ist eine flammende Anklage gegen die bestehende Gesellschaftsordnung. In zehn Jahren haben die Bergwerksbesitzer über 290 Millionen Pfund an Profiten in die Tasche gesteckt. Cook lehnt jede Gewährung von Entschädigungen an die Bergwerksbesitzer ab. Sie haben uns genug ausgeplündert! Seine Rede wird fortwährend von stürmischem Beifall unterbrochen. Die übrigen Resolutionen fordern die Elektrifizierung von England, die Organisation der Verteilung der Lebensmittel und Rohprodukte und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Mit einigen Abschwächungen enthalten die angenommenen Resolutionen dieselben Forderungen wie das auf dem Gewerkschaftskongreß in Hull angenommene „Arbeiterprogramm" (Workers Charter).

Der Kongreß empfängt dann den Bericht einer Arbeitslosendeputation. Genosse Hannigton schildert die Lage der Arbeitslosen in der Industrie und Landwirtschaft. Er weist nach, **daß die Zahlen des Arbeitsministeriums über die Erwerbslosigkeit falsch sind.** Er beweist, daß die **Zahl der Arbeitslosen** in England zurzeit **zwei Millionen** beträgt. Die Arbeitslosen treten, so erklärt Genosse Hannigton, für den russischen Vertrag nicht nur deshalb ein, weil die russischen Aufträge an die englische Industrie die Arbeitslosigkeit mildern, sondern weil durch den englisch-russischen Vertrag Sowjet-Rußland die Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die kommunistische Wirtschaft auszubauen und zu entwickeln. Er wird von ungeheurem Beifall unterbrochen.

Dritter Tag.

(Eig. Drahtm.) **London, 10. Oktober.**

Am dritten Verhandlungstage des Labour-Kongresses begründete Williams die Resolution der Parteileitung zur Arbeitslosenfrage. Den Dawes-Plan verteidigte er unter Hinweis auf die Zustimmung der deutschen Gewerkschaftsführer. Sodann wendet er sich unter stürmischen Zwischenrufen gegen die Zusatzanträge, die die Aufnahme der Resolution des Huller Gewerkschaftskongresses in der Arbeitslosenfrage fordern. Der Vertreter der Gewerkschaften von Glasgow wendet sich gegen Williams und hält an der Resolution von Hull fest. Nachdem der Kommunist Paul für die Resolution von Hull eintritt, ergibt die Abstimmung für den Antrag der Parteileitung 2 318 000 Stimmen gegen 607 000 Stimmen der Opposition. Der aus der Partei ausgetretene Newbold spricht Macdonald seine Anerkennung aus und verspricht, ihn weiter zu unterstützen. Als der Justizminister der Macdonald-Regierung Fasting in der Versammlung erscheint, wird er von den Anwesenden stürmisch begrüßt. Die Delegierten singen die „Rote Fahne".

Neuwahlen in England

Der englische König hat das Unterhaus aufgelöst

London, 9. Oktober.

Macdonald empfahl dem König die Auflösung des Unterhauses. Der König gab seine Zustimmung.

*

Die englische Arbeiterpartei hatte sich für Neuwahlen entschlossen, doch stand es noch absolut nicht fest, ob nicht die Macdonald-Snowden im letzten Augenblick versuchen würden, den Wünschen der englischen Bourgeoisie nachzukommen und einen Zurückzieher in der russischen Frage machen würden. Sie sind davor zurückgeschreckt, weil sie sich durch einen solchen Schritt in den Augen der englischen Arbeiter unweigerlich blamiert hätten. Die Regierungskrise in England zeigt, daß die englische Bourgeoisie der Ansicht ist, daß die Macdonald-Regierung ihr schon soweit vorgearbeitet hat, daß sie nunmehr die Regierungsmacht wieder übernehmen kann. Die englische Bourgeoisie rüstet zu neuen Vorstößen gegen die Arbeiterklasse. Innen- und außenpolitisch. Im Zeichen einer Kommunistenhetze soll der Angriff auf die Existenzbedingungen der Arbeiterklasse durchgesetzt werden, der im Dawes-Plan schon im Keime enthalten ist. Denn der Dawes-Plan, der die deutschen Arbeiter in Kulis verwandelt, bedeutet zugleich damit einen Freibrief für die verschärfte Ausbeutung der Arbeiter in den übrigen Ländern. Außenpolitisch bereitet die englische Bourgeoisie eine neue gegenrevolutionäre Umklammerung Sowjet-Rußlands vor. Auch das ist eine direkte Folge der Annahme des Dawes-Plans: Der konservative Führer Baldwin hat die Bedeutung des Dawes-Plans dahingehend gekennzeichnet, daß dieser Plan aus Deutschland einen „Schutzwall gegen den Kommunismus" mache. Das ist die alte Theorie Clemenceaus aus dem Jahre 1919.

Der spezielle Grund für die Schwenkung der Liberalen gegen Macdonald ist, daß sie eine Abwanderung ihrer Anhänger zu den Konservativen befürchten. Der bisherige Liberale Churchill ist bereits zu den Konservativen herübergewechselt und macht in „antisozialistischer Einheitsfront", auf Deutsch würde man sagen: Bürgerblock. Und Asquith und Lloyd George beeilen sich, in reaktionärer Hinsicht nicht zurückzustehen.

Die Regierung Macdonald, die sogenannte „Arbeiterregierung", hat im gegenwärtigen Vorstoß der Bourgeoisie den Boden bereitet. Sie hat den Dawes-Plan zum Angelpunkt ihrer Außenpolitik gemacht, trotzdem aus den Reihen der englischen Arbeiterschaft der Protest gegen diesen Plan immer lauter wurde.

Sie hat durch ihre Völkerbundspolitik die Grundlage für die Interventionspläne gegen Sowjet-Rußland geschaffen. Die Regierung Macdonald hat während der ganzen Zeit ihres Bestehens nichts getan, um der Arbeiterklasse Machtpositionen gegen den Kapitalismus zu schaffen, um ihre Lage zu verbessern. Sie hat die Positionen des Kapitalismus überall gestärkt. Sie hat nichts gegen die Arbeitslosigkeit getan; sie hat mit der Staatsmacht gegen Streikende eingegriffen. Sie hat überall die imperialistische Unterdrückungsarbeit gestärkt, siehe China, Sudan usw. Die Regierung Macdonald war nur ein Werkzeug des Kapitalismus, des Imperialismus.

Die gegenwärtige Regierungskrise zeigt, auf welch schwachen Füßen die ganze neue „Friedensära" Macdonalds steht, die von bestissenen Pazifisten und Sozialdemokraten als das neue Evangelium ausposaunt ist. Sobald das Wohlwollen der Bourgeoisie fehlt, ist Macdonald am Ende seines Lateins.

Wie hat nun Macdonald auf seinen Sturz reagiert? Etwa durch einen Aufruf an die Arbeiter zum Kampf gegen die Bourgeoisie? O nein, das tut Macdonald nicht. Er beklagt sich bitter, daß die Regierung nicht „anständig" behandelt werde: „Wir sind keine Bande von Strauchdieben" meint er, auf deutsch: Wir waren so zahm, wir haben der Bourgeoisie treue Dienste geleistet, weshalb dieser Undank? Es kommt aber noch schöner. Macdonald sagt: „Das Schlagwort Antisozialismus ist im wesentlichen ein Gebell von Hunden, dazu bestimmt, verlorene Schafe zusammenzutreiben. Unser Patriotismus ist etwas, was wir tief im Herzen empfinden, über das wir aber nicht reden. Unser Patriotismus ist ebenso edel wie der Patriotismus des alten Landadels. Wir haben Verständnis für den alten Landadel und glauben, daß er uns versteht. Der Adel liebt Grund und Boden und Dörfer und die Bewohner der Dörfer und er versucht, in seiner Art den sozialen Frieden zu fördern."

Soweit Macdonald. Der Führer der Arbeiterpartei schmeichelt den Landlords, dem reaktionärsten Teil der englischen Bourgeoisie. Er schwärmt für den „sozialen Frieden", den dieser Landadel schafft, nämlich die Unterdrückung des kleinen Farmers und Landarbeiters. Was die Landlords anbetrifft, redet jeder Durchschnittsliberale radikaler als der Arbeiterparteiler Macdonald. Macdonald ist „Patriot", er „versteht", daß die Landlords den Grund und Boden, den sie besitzen, „lieben". — Weshalb beschimpft man diesen treuen Lakai wegen seines Sozialismus?

So gehen die Führer der Arbeiterpartei zu den Neuwahlen.

Aber die Regierungskunst der Macdonald & Co. hat den breiten Massen der englischen Arbeiter die Augen geöffnet. In der englischen Arbeiterschaft ist es zu einer sichtbaren Linksschwenkung gekommen, die am besten auf dem Gewerkschaftskongreß in Hull zum Ausdruck kam. Diese Linksorientierung ist noch keine bewußte Wendung zum Kommunismus. Sie ist vor der Hand eine elementare Rebellion gegen die offene imperialistisch-kapitalistische Politik der Macdonald-Clique. Diese Bewegung steht im Zeichen einer tiefgehenden Solidarität mit Sowjet-Rußland: sie tritt für die internationale Gewerkschaftseinheit ein. Das Aktionsprogramm des Gewerkschaftskongresses fordert an der Spitze die Nationalisierung, die die Macdonald & Co. fallen gelassen haben. Viele Gewerkschaften erklären sich gegen den Dawes-Plan. Die Führung der Arbeiterpartei hat sich gegen die Linksorientierung der Massen dadurch schützen wollen, daß sie die Aufstellung von Kommunisten als Parlamentskandidaten der Arbeiterpartei verbot.

Aber auch hier ist sie auf einen Widerstand aus den Reihen der Massen gestoßen. An verschiedenen Orten sind von Gewerkschaften Kommunisten als Kandidaten aufgestellt worden. Als Antwort darauf hat der Kongreß der Labour Party den Ausschluß sämtlicher Kommunisten aus der Labour Party beschlossen.

In dieser Lage leitet die Tatsache der Neuwahlen im bedeutendem Maße zugleich eine Abrechnung der Massen mit den Führern der jetzigen Regierungspolitik ein. Was den Ausfall der Wahlen anbetrifft, so kann eine Neuauflage der bisherigen „Arbeiterregierung", selbst wenn sie die Parlamentsmehrheit besitzen sollte, nichts anderes sein als bisher. Im Rahmen des bürgerlichen Parlamentarismus kann der Sozialismus nicht durchgeführt werden, ganz abgesehen davon, daß die Regierung der Labour Party niemals den Sozialismus auch nur einzuführen versuchen wird, da sie ja eine bürgerliche Regierung ist.

Die Neuwahlen an sich sind keine Entscheidung im Kampf der Klassen.

Entscheidend im Sinne des großen Ziels der Arbeiterklasse kann nur der bewußte Kampf der Massen selbst, der über den Rahmen der bürgerlichen Demokratie hinausgeht, sein. Die Bedeutung der jetzigen Neuwahlen in England kann nur darin bestehen, daß sie dazu beitragen, das Bewußtsein der Massen über ihre wirklichen Aufgaben zu klären.

Englische Neuwahlen am 29. Oktober

London, 10. Oktober. Das Parlament wurde gestern vertagt, die Neuwahlen auf den 29. Oktober anberaumt. Das neue Parlament tritt ein oder zwei Wochen danach zusammen.

Die belgischen Kumpels halten aus!

(Eig. Drahtm.) **Brüssel, 9. Oktober.**

Der belgische Ministerpräsident Theunis hatte die Unternehmer zu **Schiedsgerichtsverhandlungen eingeladen.** Die Unternehmer haben die Regierung vor die Alternative gestellt, entweder Preisherabsetzung durch Lohnreduzierung zur Bekämpfung der ausländischen Konkurrenz oder restlose Betriebsstillegungen. Ferner **lehnten sie einen Schiedsspruch durch die Regierung grundsätzlich ab** und sind nur bereit, die gemischte Kommission als Schiedsrichter anzuerkennen. Auf seiten der Arbeiter wird der **Streik mit bewundernswürdiger Hartnäckigkeit fortgesetzt. Alle Versuche der Reformisten, die nationalen Interessen als Vorwand für eine Wiederaufnahme der Arbeit bei den Arbeitern zur Anerkennung zu bringen,** sind gescheitert.

Kommunistischer Wahlsieg

(Eig. Drahtm.) **Paris, 10. Oktober.**

Eine Gemeinderatsergänzungswahl fand in Oissel (Dep. Seine-Inférieure) statt, wobei die kommunistische Liste mit 440 Stimmen den Sieg davontrug. Die Einksblockliste erhielt mit Unterstützung der Rechtsblöckler nur 100 Stimmen.

Finnland rüstet gegen Rußland

Helsingfors, 10. Oktober.

In Anbetracht der Weltfriedensära hat die finnländische Regierung größere Geldsummen zum weiteren Ausbau der Armee angefordert. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß diese Rüstungen nur gegen Rußland gehen. Bezeichnend genug ist es, wenn der Regierungschef von „seiten Rußlands drohenden Gefahren" spricht. Auch Finnland ist in den Block der antisowjetistischen Mächte eingereiht.

Der Erzberger-Mörder freigelassen

Budapest, 10. Oktober.

Heinrich Schulz-Förster wurde gestern in die Kanzlei des Gefängnisses der Staatsanwaltschaft gebracht, wo ihm der Freilassungsbescheid verkündet wurde. Das Freilassungsprotokoll wurde unterzeichnet, und da zwei Detektivs der Staatspolizei anwesend waren und sofort Aufzeichnungen über den von Schulz-Förster gewünschten Aufenthaltsort machten, erschien seine zu diesem Zweck angeordnete Vorführung bei der Oberstadthauptmannschaft überflüssig. Schulz-Förster verließ mit einem kleinen Paket, in dem er seine Utensilien und 35 000 Kronen Barzeld hatte, sofort das Gefängnis und soll sich wieder nach Nagyteten begeben haben.

Blutige Zusammenstöße in Ungarn

Preßburg, 10. Oktober.

Bei Zusammenstößen von streikenden Arbeitern der Trencsiner Fabrik der Firma Tiberghen Fils mit der Gendarmerie wurden ein Arbeiter getötet, vier leicht verletzt.

*

Im Weißen Ungarn haben die Ordnungshelden, wenn es sich um den Schutz der Unternehmerinteressen handelt, völlige Mordfreiheit. Obige Nachricht besagt aber, daß die jahrelange Kirchhofsruhe in Ungarn zu Ende ist, daß die ungarische Arbeiterschaft, wenn das auch vorläufig nur in kleineren Zusammenstößen zum Ausdruck kommt, sich zum Widerstand gegen das Faszistenregiment wappnet.

Austausch ungarischer Kommunisten gegen ungarische Kriegsgefangene

Budapest, 10. Oktober.

Das ungarische Ministerium des Äußeren ist bereits vor Wochen mit Sowjet-Rußland dahin übereingekommen, 34 ungarische Kommunisten, welche sich in Gefängnissen oder in Internierungslagern befinden, gegen 34 in Rußland befindliche ungarische Kriegsgefangene freizugeben. Der ungarische Transport ist heute nach Rußland abgegangen.

Faszistisches Attentat

(Eig. Drahtm.) **Mailand, 9. Oktober.**

In Piacenza wurde der Kriegsbeschädigte Lertua von Faszisten ermordet. Lertua ist vor kurzem aus der Faszisten-Partei ausgetreten. Infolge der Mordtat griffen die Arbeiter die Faszisten an, wobei die Faszisten, unter Einbuße mehrerer Verwundeter, geschlagen wurden. Die Behörden schickten sofort ein größeres Truppenaufgebot nach Piacenza.

*

Diese Meldung zeigt erneut, daß die Zersetzung in der faszistischen Partei immer größeren Umfang annimmt und daß die Arbeiter zur Abwehr der faszistischen Schandtaten schreiten. Hand in Hand mit dem zunehmenden Abwehrwillen der Arbeiter geht eine immer größere Verbreitung der kommunistischen Presse.

Neue Niederlage der Spanier in Marokko

Madrid, 9. Oktober. Amtlich wird bekanntgegeben, daß die spanischen Operationen in Marokko augenblicklich zum Stillstand gekommen sind und die feindlichen Angriffe andauern.

Primo de Rivera veröffentlicht eine Erklärung, in der er darlegt, daß die feindlichen Streitkräfte im westlichen Abschnitt stark seien und durch neue ausländische Stämme fortwährend verstärkt würden.

Aus dieser verlegenen Erklärung des spanischen Direktoriums geht unzweideutig hervor, daß die spanische Offensive zum Stillstand gekommen ist und nun die Riffabylen ihrerseits vorstoßen. Andere Meldungen sprechen schon von großen Verlusten der Spanier und Vernichtung ganzer Teile durch die Riffabylen.

*

Wie aus Tanger gemeldet wird, haben die Riffleute im Tal zwischen Larache und Scheschauen eine spanische Kolonne umzingelt und vollständig aufgerieben. Scheschauen soll von den Kabylen wieder vollkommen eingeschlossen sein.

Vom chinesischen Krieg

Vormarsch Tschangtsolins — Niederlage der Zentralregierung

Paris, 9. Oktober. Eine Havas-Meldung aus Schanghai besagt, daß die Truppen Tschangtsolins am 7. Oktober in Schanghaikwan eingedrungen sind. Es kam zu heftigen Straßenkämpfen; auf beiden Seiten hat es schwere Verluste gegeben.

Schanghai, 9. Oktober. Nach der Einnahme von Schanhaikwan durch die Truppen Tschangtsolins, die gestern abend erfolgte, haben sich die Tschili-Truppen in der Richtung auf Tschinwangtao zurückgezogen. Zahlreiche Soldaten sind zur Armee Tschangtsolins übergelaufen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241010-12/fragment/page=0003

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473 — Postscheckkonto Leipzig 107001
Artur Sämisch Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr Sonnabends nachmittags geschlossen.

Ortsgruppe Halle

KPD.-Stadtverordnetenfraktion. Sonnabend abend 8 Uhr, „Produktiv": **Sitzung.**
Diitrikt 4. Montag, 13. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Kette": **Distrittsversammlung.**
Distriktsführer und Ortsleitungsmitglieder. Freitag abend pünktlich 8 Uhr im „Volkspark": **Fortsetzung des Kursus.**

Saalkreis

Sitzung der Kreisleitung und Arbeitsgebietsleiter am Freitag, 10. Oktober, abends 7 Uhr, in der „Produktiv".
Ilsenburg. **Mitgliederversammlung** am Sonnabend, 11. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal Bolze.

Kreis Merseburg

Schkeuditz. **Mitgliederversammlung** am Sonnabend, 11. Oktober, abends 8 Uhr, in „Stadt Berlin".

Mansfelder Gebirgskreis

Großörner, Molmerode, Siersleben, Tondorf. Freitag, 10. Oktober, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Linde" Großörner: **Mitgliederversammlung.**
Hettstedt. Sonnabend, 11. Oktober, abends 7½ Uhr, im „Goldenen Stern": **Große öffentliche Volksversammlung.**
Leimbach und Mansfeld. **Mitgliederversammlung** am Sonntag, 12. Oktober, nachmittags 1 Uhr, in Leimbach im Lokal Tittel.
Klostermansfeld. **Große öffentliche Volksversammlung** am Sonntag, 12. Oktober, abends 5 Uhr im Lokal Deutsch.
Klostermansfeld. **Mitgliederversammlung** am Sonntag, 12. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal Deutsch.

Kreis Bitterfeld

Golpa. Oeffentliche Bergarbeiterversammlung am Sonntag, 12. Oktober, vormittags 9 Uhr, im Lokal Roe.

Kreis Weißenfels

Teuchern. Sonnabend, den 11. Oktober, abends 8 Uhr, im „Grünen Baum": **Diskussionsabend.**

Kreis Sangerhausen

Roßla. Sonnabend, 11. Oktober, abends 8 Uhr, im Gasthof: **Oeffl. Volksversamml.**

Kreis Torgau

Torgau. Sonnabend, 11. Oktober, abends punkt 6 Uhr, in der „Waldschenke": **Sitzung der Kreisleitung.** Sonnabend, 11. Oktober, abends punkt 7 Uhr, in der „Waldschenke": **Sitzung der Kreisleitung und Arbeitsgebietsleiter.** Sonnabend, 11. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Waldschenke": **Kreiskonferenz.**
Belgern. **Mitgliederversammlung** am Sonnabend, 11. Oktober, abends 8 Uhr.

Kreis Wittenberg

Sitzung der Kreisleitung am Sonntag, 12. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Lokal Freudenberg.

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund"

Ortsgruppe Halle

Heute abend 8 Uhr in der „Produktiv-Genossenschaft": **Sitzung des erweiterten Körpers.** Teilnehmen haben der Ortsvorstand, die Werbebezirksführer, Abteilungsleiter, Gruppenführer, Radfahrerabteilung, sowie die Funktionäre des Jungsturms.

Heute abend 8 Uhr in der „Produktiv-Genossenschaft": **Mitgliederversammlung des Jungsturms.** Erscheinen aller jungen Kameraden ist unbedingt Pflicht.

Spielmannszug fährt Sonnabend nach Bitterfeld zur Werbeveranstaltung. Treffpunkt abends 4½ Uhr am Hauptbahnhof. Alle Kameraden, welche Interesse haben, können sich anschließen.

Alle Kameraden, welche zum Sonnabend Quartiere zur Verfügung stellen können, müssen sich am Sonnabendabend 7 Uhr in der „Produktiv." einfinden.

Halle-Saalkreis

Zwintschöna. Freitag, 10. Oktober, abends 8 Uhr, bei Horn: **Mitgliederversammlung.**
Dölau, Lieskau, Lettin, Schiepzig. Sonnabend, 11. Oktober, abends 8 Uhr, bei Dierschke: **Mitgliederversammlung.**
Dölnitz. Sonnabend, 11. Okt., abends 7½ Uhr, im „Palmbaum": **Mitgliederversammlung.**

Kreis Merseburg

Merseburg. Freitag, 10. Okt., abends 8 Uhr, in der „Funkenburg": **Mitgliederversammlung.**

Kreis Bitterfeld

Brehna. Freitag, 10. Oktober, abends 8 Uhr: **Mitgliederversammlung.**

Kreis Delitzsch

Delitzsch. Freitag, 10. Oktober, abends 8 Uhr, im „Lindenhof": **Mitgliederversammlung.**
Eilenburg. Freitag, 10. Oktober, abends 7½ Uhr, im „Tivoli": **Mitgliederversammlung.**

Kreisvorstand KPD.

Stadt-Theater
Sonnabend, 7½ Uhr 3001
Die neugierigen Frauen
in der Besetzung der Erstaufführung
Sonntag, 7½ Uhr:
Ein Sommernachtstraum

Thalia-Theater
Sonnabend 7½ Uhr
Die Geliebte

Besuchstaschen
Ia. Leder, billigst
nur
Schmeerstr. 19,
Lederwaren-Spezial-Geschäft.
318

Auf Abzahlung!
Garderobe, Manufakturwaren, Gardinen, Bettbezüge, Handtücher, Hemden, Damenbekleidet, Schürzen usw.
Carl Rasemann
Alte Promenade 35 I.
304

Gasthof „Roter Löwe" Weißenfels.
Solides Familien-Bierlokal.
Allein-Ausschank
von Bieren (hell u. dunkel) der Bayer. Staats-Brauerei
„Weihenstephan"
„Dortmunder Union"
Ueber die Straße in Siphons und geschl. Krügen à 1, 1½, 2 und 5 Liter.
Großes Vereinszimmer
noch einige Tage frei
7101

Immer frisch.
Überall erhältlich.

Preis pro ½ Pfd.
nur 50 Pfg.

Rahma
MARGARINE
buttergleich

Das Beste ist gerade gut genug.
Drum kauft jede sparsame Hausfrau
Rahma-buttergleich
und keine andere.

319

Man verlange beim Einkauf von Rahma buttergleich gratis die Kinderzeitung „Der kleine Coco"

Ebenso billig
wie mit unserer guten Dauerwäsche
„Marke Waschbär"
sind wir mit allen Artikeln, die wir führen. 3004
Jeder Einkauf ist lohnend!
Dauerwäsche-Vertrieb Kl. Berlin 2 Geiststr. 17

Nur eine Anzeige
im gelesensten Organ der werktätigen Bevölkerung
und Sie sind unser ständiger Inserent

Bekanntmachungen

Am schwarzen Brett im Wagegebäude (Marktplatz 24) befindet sich eine die Aufhebung der Vorgärten an der Nordseite der Rauchjuffstraße betreffende Bekanntmachung.

Halle, den 4. Oktober 1924. [27

Der Magistrat.

Am schwarzen Brett im Wagegebäude (Marktplatz 24) befindet sich eine die Festsetzung neuer Fluchtlinien und Höhenlagen für das Gelände zwischen Gerberstraße, Saale und Ratswerder betreffende Bekanntmachung

Halle, den 8. Oktober 1924 28

Der Magistrat.

Tagesordnung

für die Sitzung der Stadtverordneten am Montag, dem 13. Oktober 1924, nachmittags 4 Uhr.

Oeffentliche Sitzung:

1/3. Wahlen. 4. Ausbau der Kurgartenanlage von Bad Wittekind. 5. Baustellenverkauf an der verlängerten Kaiserstraße. 6. Bewirtschaftung des Stadtgutes Gimritz. 7. Neuregelung der öffentlichen Fürsorge. 8. Errichtung einer Deputation für das Jugendamt. 9/12. Gesuche. 13/21. Anträge.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Halle, den 6. Oktober 1924 29

Der Stadtverordnetenvorsteher.
J. V.: Hüllemann.

„Neuheit", die große Lampuppe mit Mama-Stimme ist wieder da zu 3.95 Mark

Die letzten 95-Pf.-Tage in diesem Jahre

bieten Ihnen eine sehr günstige Kaufgelegenheit. Machen Sie davon Gebrauch. Beachten Sie meine Fenster
2984 **Große Ulrichstraße 9 und Steinweg 45, wo jedes Stück mit Preis versehen ist**
Mengenabgabe vorbehalten! **Mengenabgabe vorbehalten!**

Nehmen Sie genau ein Strähle und Hausnummer!

3 Emaille-Teller, weiß, tief, groß oder 1 Emaille-Schüssel . . 95	1 Nudelrolle, 1 Schneidebrett, 1 Fleischklopfer zus. 95	1 Cocosbandfeger, groß mit Kehrschaufel, Holzgriff 95	1 Emaille-Kasserolle, neublau, tief, oder 1 Gm.-Essenträg., ext. gr. 95	1 Holztablett mit Griff, extra groß oder 1 Messerkasten, 3teilig 95	1 Emaille-Schmortopf, extra groß oder 1 Gm.-Kaffeekanne, neublau 95
1 Solinger Besteck Messer und Gabel, zusammen 95	1 Waschbrett m. starker Zinteinlage oder 3 Stück Scheuertücher 95	1 Rasiergarnitur, Spiegel, Rasiernäpfchen und Pinsel 95	3 Stück Sportlitör- mit lang. grün. Stiel oder 3 Weingläser, Monipol 95	12 Stück Glas-Kompotteller, schöne Muster . . 95	1 Sturzflasche mit Glas Kugel und Stern oder 1 große Glasschüssel 95
1 Kind.-Eßservice echt Porzellan . . . 95	12 Stück Küchenmesser oder 1 schönes Wandbild 95	1 Zeitungshalter oder 1 Bürstentasche 95	1 Quirlgarnitur, 7 teilig oder 1 Handtorb, extra groß 95	1 Alumin.-Fleischtopf, extra groß oder 1 Al.-Kasserolle m. 2 Henk. 95	1 Springform, Weißbl., oder 1 Sandtrefenform, extr. gr. 95
Brötchenkorb, groß, ff. lack. od. 1 Paar Kaffee- u. Zuckerbüchs., ff. w. lack. 95	1 extra gr. Reibeisen, 1 Bouillonsieb, 1 Kaffeesieb zusammen 95	Aluminium-Konsole m. Maß oder 1 Wiegemesser . . . 95	2 besponn. Kleiderbügel mit Hosenstrecker od. 3 Stück Hosenstrecker 95	1 Glas-Rahmservice 3teilig oder 1 bunte Vase, groß . . 95	1 Fußmatte, oder 6 Kleiderbügel mit Steg, gewachst 95
1 Isolierflasche hält 24 Stunden kalt oder heiß 95	12 Speiseteller, tief od. ff. oder 6 Paar Tassen m. Untert. 95	Mesten für Salz oder Mehl mit Holzdeckel 2 Stück 95	4 Paar Porzellantassen mit Unterlassen, bunt. dekoriert 95	1 Vase, Ton, bunt, dek., extra groß oder 1 Wiener Krug, bunt 95	1 Obstkuchenform, extra groß, rund oder 1 Messerkorb, Draht, 3teilig 95
1 Kartoffelstamper 1 Schneeschläger 1 Grudeschaufel zus. 95	1 Kakaobüchse, 1 Teebüchse, zusammen 95	**SOBEL**		1 Bauernmuster-Kaffeekanne handgemalt . . . 95	1 Satz Schüsseln mit bunter Kante 95
6 Porzellan-Teller oder 1 Kaffeekanne, extra groß, Porzellan . . 95	1 Aluminium-Teekanne oder 1 Alum.-Eierkiegel, groß 95	**Große Ulrichstraße 9 :: Steinweg 45**		1 Reisschüssel, extra gr. od. 1 große Salatschüssel, bunt 95	1 Emaille-Durchschlag, weiß/weiß oder 1 Milchkrug m. Griff u. Henkel 95

Der große Schlager „Meine Goldperle", die große 60-Zentimeter-Puppe mit Schlafaugen, Augenwimpern, Schuhen und Strümpfen ist eingetroffen, für 3.85 Mk.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241010-12/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Der Stahlhelm-Sporttag verboten!

Nach Redaktionsschluß teilt WTB. mit:

Halle, 10. Oktober. Der für den 12. Oktober geplante Stahlhelm-Sporttag, zu dem auch mehrere Generale ihr Erscheinen zugesagt hatten, ist, nachdem das erste Verbot zurückgenommen worden war, jetzt durch den Regierungspräsidenten Dr. Grützner erneut verboten und alle Veranstaltungen sind untersagt worden.

Wir werden morgen noch auf das Verbot zurückkommen.

Daß es überhaupt ausgesprochen wurde, ist nur eine Folge des Druckes der Arbeiterschaft. Wir verstehen, daß Grützner das Abrücken von seinen faszistischen Freunden sehr schwer geworden ist.

Die blamierten Runge-Dubiel

Der Redakteur des „Klassenkampf" wieder freigelassen

Wir berichteten gestern, daß einer unserer Redakteure unter der fadenscheinigen Behauptung, daß ein Steckbrief auf ihn passe, verhaftet worden sei. Wir knüpften daran die richtige Schlußfolgerung, daß der Redaktionsbetrieb des „Klassenkampf" gestört und die

Kommunistische Partei ihrer führenden Genossen beraubt

werden soll. Das sind, trotz der Freilassung unseres Genossen, auch die wahren Gründe der Verhaftung. Daß dieser saubere Plan der Grützner-Runge-Dubiel nicht gelungen ist, ist nicht schuld dieser Leute. Nur zu gern hätten sie einen Redakteur des so verhaßten „Klassenkampf" in Nummer Sicher gebracht. Aber sie haben sich zu ungeschickt und tollpatschig angestellt.

Die Redaktion des „Klassenkampf" wußte sehr gut, daß zunächst einer ihrer Redakteure verhaftet werden sollte. Der Nachrichtendienst der Kommunistischen Partei funktioniert eben besser, wie der des Herrn Runge. Das haben wir schon mehrmals zur Genüge bewiesen. Dazu stellte Dubiel seine Verfolgungen so dämlich an, daß es jedem Menschen, der an dem Gebäude der Produktivgenossenschaft vorbeikam, auffallen mußte. Wir wußten, daß gestern die Verhaftung erfolgen sollte,

deshalb war ein Genosse anwesend, gegen den die Polizei auch trotz der größten Spitzelgeschichten nichts unternehmen konnte.

Der Genosse, den die Schergen des Herrn Runge fassen wollten, ist indessen auf und davon gelogen. Wir gratulieren Herrn Dubiel zu seiner Tollpatschigkeit und Herrn Runge zu seinem Reinfall.

Es ist das Geschick der deutschen Bourgeoisie, daß sie zur Wahrnehmung ihrer Interessen nicht gerade die klügsten Leute aussucht. So haben wir es mit Jarres gesehen, so sehen wir es mit Runge-Dubiel.

Noch nicht einmal einen kommunistischen Redakteur können sie verhaften.

Wir können der Bourgeoisie nur den guten Rat geben, andere Leute an deren Stelle zu setzen. Wie oft ist Herr Dubiel nun schon in der Verfolgung der Kommunisten hereingefallen. Aus der Fülle der Reinfälle nur ein paar Beispiele:

Mit dem Spitzel Clafka gegen die „Rote Hilfe" war es nichts.

Das Sprengattentat auf das Wilhelm-Denkmal den Kommunisten in die Schuhe zu schieben, gelang ihm trotz eifrigsten Bemühens nicht.

Am 11. Mai die Genossen Richter und Urban zu Führern der Bölberger Kämpfer zu stempeln, konnte er ebenfalls nicht fertigbringen.

Und nun kann er noch nicht einmal einen kommunistischen Redakteur verhaften. Es wird wirklich Zeit, daß Dubiel eine andere Beschäftigung bekommt. Wir schlagen vor, damit er nicht aus der Gewohnheit kommt, daß er die übelriechende Atmosphäre des Spitzelsumpfes mit der Tätigkeit bei dem Grubenräumer Banse vertauscht. Auch Herr Runge ist nicht so an seinem Platze, obgleich er sehr gut die Interessen der äußersten Reaktion wahrnimmt. Wenn die Bourgeoisie die bolschewistische Seuche wirklich bekämpfen will, dann muß sie auf dem Thron des hallischen Polizeipräsidenten einen behäbigeren Menschen setzen wie Runge. In Anbetracht der außerordentlich guten Dienste, die Runge dem Stahlhelm am 11. Mai und nun wieder zum 12. Oktober und bei anderen Gelegenheiten geleistet hat, schlagen wir vor, Herrn Runge als Unteroffizier in die Duesterbergschen Stoßtrupps aufzunehmen.

Die Arbeiterschaft darf sich durch diesen Fehlgriff der Polizei nicht in Sicherheit wiegen. Die Verhaftung zeigt mit aller Deutlichkeit, daß der

Kampf gegen die Kommunistische Partei von der Regierung, von den Sozialdemokraten mit aller Schärfe geführt

wird. Sie müssen das revolutionäre Proletariat, wenn sie weiterhin an der Herrschaft bleiben wollen, ausrotten und die Arbeiterschaft noch mehr verelenden lassen. Eben erst haben eine Anzahl von Betrieben und Kartellen den Kampf um Erhöhung der Löhne und zur Wiedereroberung des Achtstundentages gefordert und schon setzen verschärfte Verfolgungen ein. Die Verhaftung unseres Genossen ist das Symbol des Angriffes gegen die Forderungen der Arbeiterschaft nach einem Stück Brot mehr. Von diesen Gesichtspunkten aus muß die Arbeiterschaft diesen Vorgang betrachten und ihre Gegenmaßnahmen treffen.

Verdienst und Verdienste der Bourgeoisie

Nun wissen wir, wozu die „Bürgerstimme" den Mund auftut. Sie verkündet das Lob ihrer Inserenten und teilt mit:

„In bemerkenswerter körperlicher und geistiger Frische beging seinen 75. Geburtstag der Seniorchef der Firma Aßmann, Große Ulrichstraße, Herr Aßmann. Unter den zahlreichen Aufmerksamkeiten möge die Ueberreichung der Denkmünze der Ritterschaft der Ehrenlegion durch den Grafen v. Luckner besonders erwähnt werden."

Wer den Geschäftsbau des Herrn Aßmann kennt und die Profite, die er zum Beispiel durch Verkauf von Mehrwolf-Uniformen geschefselt hat, wird sich nicht wundern über die „körperliche und geistige Frische". Ein Prolet in diesem Alter ist von der Schufterei für den Kapitalismus zermürbt und nicht mehr einsetzbar in die Reihe von Menschen, die noch eigenes Erleben haben können. Sie sind dem größten Elend ausgesetzt, während Herr Aßmann von völkischen Hanswürsten die Denkmünze einer faszistischen Organisation überreicht bekommt zum Dank für seine Verdienste.

Vom Wochenmarkt

Die Preise des gestrigen Wochenmarktes haben sich im wesentlichen nicht geändert. Für 10 Pfund Kartoffeln wurden teilweise schon 0,40 Mk verlangt, unter 35 Pf. sind keine Kartoffeln zu erhalten. Alle Sorten Kohl waren in genügender Menge vorhanden. Wirsing kostete 10 Pf., Rotkohl 10 Pf., Weißkohl 5 Pf. und Blumenkohl 60 bis 75 Pf. Mohrrüben stehen auf dem Preis der Vorwoche. Auch Butter, Eier und die Fleischwaren sind von der Arbeiterschaft nur durch Verzicht auf andere notwendige Dinge zu bezahlen. Sehr viel Walnüsse konnte man sehen. Der Preis ist 60 Pf. pro Pfund.

Das auffällig viel vorhandene Obst ist mit den geforderten Preisen nicht zu vereinbaren. Für Leute mit gefüllltem Geldbeutel und verwöhntem Geschmack waren Hasen zu 1,60 Mk., Gänse zu 1,30 Mk. und Hühner zu 1,20 Mk. pro Pfund zu haben. Außerdem Aale, Hechte und Karpfen zum Durchschnittspreis von 2,50 Mk. pro Pfund.

Viele der angeführten Waren kann man in den Geschäften der Stadt zu niedrigeren Preisen und in ebenso guter Qualität erhalten, wonach sich eigentlich der Wochenmarkt erübrigt.

*** Ortsleitungsmitglieder und Distriktsführer.** Heute abend 8 Uhr pünktlich im „Volkspark" (Rauchzimmer) „Fortsetzung des Arbeitskursus". **Die Teilnehmer, die am ersten Vortragsabend teilgenommen haben, sind verpflichtet, zu erscheinen.**

Was wird aus den 15000 Kriegsopfern in Halle?

Denkschrift der Kriegsbeschädigten-Organisationen gegen die Magistratsvorlage

In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde von unserem Genossen Freund im Namen sämtlicher Kriegsbeschädigtenorganisationen ein Dringlichkeitsantrag eingereicht, der sich mit der Neuordnung der Kriegsopfer- und Hinterbliebenenfürsorge durch die Stadt Halle beschäftigt. **Die Dringlichkeit dieses Antrages wurde von dem vaterländischen Ordnungsblock nicht anerkannt, auf denen wurde die Stadtverordnetensitzung auf solange Zeit hinausgeschoben, bis die bürgerlichen Interessenpolitiker im Stadtparlament es so gedreht hatten, daß sie eine Vorlage dazu einbringen konnten.** Auf die Vorlage, die eine Verhöhnung der 15 000 Kriegsopfer und -hinterbliebenen, die wir in Halle haben, ist, haben die Kriegsder wir in folgendem einen Auszug wiedergeben:

Die soziale Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge war bis zum Erscheinen der Fürsorgepflichtverordnung vom 13. Februar 1924 durch die Verordnung der Reichsregierung vom 8. Februar 1919 einheitlich für das ganze Reich geregelt. Der Rechtsanspruch auf soziale Fürsorge der Kriegsopfer ist außerdem in dem Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920 festgelegt und diesen Rechtsanspruch sind die Kriegsopfer auch jetzt nicht gewillt, sich in irgendeiner Form nehmen zu lassen. Die einheitliche Kriegsbeschädigtenfürsorge war durch die oben erwähnte Reichsverordnung vom 8. Februar 1919 insofern geregelt, als die Ausübung der Fürsorge den sozialen Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorgen, die den Städten und Kreisen angeschlossen waren, übertragen und als Beaufsichtigung die Hauptfürsorgestellen hatten. Die Hauptfürsorgestellen waren in den Fragen der Kriegsopferfürsorge die aufsichtführende Behörde und waren in Preußen zumeist beim Landeshauptmann angegliedert. Die höchste und größte Aufgabe der sozialen Kriegsopferfürsorge und Hauptfürsorgestellen war eine einheitliche, zielbewußte und völlig individuell eingestellte Kriegsopferfürsorge, die nicht schematisch auf Zahlen usw. eingestellt war, sondern die sich nach den einzelnen Bedürfnissen der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen richtete. Der Einwand des Magistrats in seiner Denkschrift zu der Sache ist deshalb entweder eine große Entstellung oder ist nur auf Unkenntnis der bisherigen Kriegsopferfürsorge zurückzuführen. **Außer dieser einheitlichen Kriegsopferfürsorge, die, wie gesagt, zunächst vom Reiche getragen wurde, besaß die Hauptfürsorgestelle wie auch jede andere Fürsorge einen Beirat, denen Vertreter der Kriegsbeschädigtenorganisationen und Hinterbliebenen angehörten** und die ein weitgehendstes Mitbestimmungsrecht hatten. Alle Beschwerden der Kriegsopfer mußten zunächst vom örtlichen Beirat der Fürsorgestelle geprüft werden, in denen die Vertreter der Organisationen ein weitgehendstes Mitbestimmungsrecht hatten. In letzter Instanz wurden diese Beschwerden endgültig vom Beirat der Hauptfürsorgestelle entschieden. Aber nicht nur über Beschwerden, sondern über alle grundsätzlichen Maßnahmen und Richtlinien hatte der Beirat zu beschließen, es kam so weit, daß sowohl von der Hauptfürsorgestelle, als auch von den einzelnen Fürsorgestellen sogenannte Arbeits- und Bewilligungsausschüsse gebildet wurden, in denen über die von den Kriegsopfern gestellten Anträge beraten und entschieden wurden. Auch in allen sonstigen Fragen, wie Berufsberatung, Berufsumbildung, Kinderfürsorge, Jugendfürsorge usw. waren zumeist Ausschüsse vorhanden, die sich immer und immer wieder betont individuell der Kriegsopfer annahmen.

Mit derselben Deutlichkeit aber haben sie in dieser erwähnten Beratsfistung vom Juni d. J. gegenüber einem früheren Schreiben an den hallischen Magistrat vom 5. März d. J. zum Ausdruck gebracht, daß ihnen die Fürsorgepflichtverordnung vom 13. Februar d. J. keine Verschlechterung in dieser Beziehung bringen möchte, sondern daß man in seiner Gesamtheit die bisherige Einrichtung bestehen lassen möge. Auf diese dringenden und berechtigten Wünsche ist der hallische Magistrat aber, wie aus der Vorlage ersichtlich ist, nicht eingegangen, sondern hat im Gegenteil, wie ebenfalls aus der Vorlage bereits ersichtlich ist, die Aenderung mit dem 15. Juli, also ohne den nach Mitteilung des Herrn Stadtrat May vom September d. J. noch zu Recht bestehenden Beirat der Kriegsbeschädigtenfürsorge zu hören, angeordnet. Dagegen haben die Organisationen berechtigten Einspruch erhoben und auf Grund dieser Maßnahmen die Mitarbeit im Beirat der hallischen Fürsorge bis auf weiteres abgelehnt. **Diese Behandlung können sich die Kriegsopferorganisationen,** und wie wir bestimmt annehmen, auch die Herren Stadtverordneten **keineswegs gefallen lassen,** daß hier von seiten des Magistrats einfach über das Schicksal, Wohl und Wehe von Tausenden so kurzer Hand ohne die berufenen Vertreter der Kriegsopferorganisationen und die Stadtverordneten zu hören, entschieden wird.

Wir wollen von vornherein festlegen, daß es sich für uns nicht darum handelt, eine Sonderstellung einzunehmen, weil wir anderen hilfsbedürftigen Personen der Stadt Halle eine gute, ausreichende Fürsorge etwa nicht gönnen, sondern weil wir der Auffassung sind, daß die bisherige, so hoch stehende Kriegsopferfürsorge auf das Niveau der allgemeinen Armenfürsorge herabgedrückt wird.

Nach dem bisher Gesagten **lehnen deshalb die hallischen Kriegsopferorganisationen die Vorlage des hallischen Magistrats einmütig und unter schärfstem Protest ab.** Insbesondere darum, weil von der Reichsregierung Richtlinien und Grundsätze für die Durchführung der sozialen Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge in Bearbeitung sind, mit deren Veröffentlichung am 15. November 1924 zu rechnen ist.

Weiter, daß der neunte Ausschuß des Reichstages unter anderem beschlossen hat, daß ihm die oben erwähnten Grundsätze und Richtlinien vor Bekanntwerden vorgelegt werden und ferner, daß an den bisherigen Maßnahmen der sozialen Fürsorge, insbesondere an dem Geiste und dem Aufbau und der Ausübung der Fürsorge für die Kriegsopfer, wie sie nach den bisherigen reichsrechtlichen Grundsätzen bestanden hat, auch im Rahmen der Fürsorgepflichtverordnung festgehalten werden soll. Da auch in Zukunft die Regelung und Zahlung der Zusatzrente den Bezirksfürsorgeverbänden obliegt, die Zahlung der Zusatzrente ein Teil der Rente ist, dafür bisheß auch das Reich den Bezirksfürsorgeverbänden einen Anteil an den entstehenden Kosten zahlt. Da insbesondere für die Art der Unterbringung das schwierige Gebiet der Schwerbeschädigten-Fürsorge usw. eine einheitliche Regelung vorhanden sein muß, **so sind die Organisationen nicht in der Lage, der Vorlage des Magistrats unter Berücksichtigung all dieser Gründe zuzustimmen.** Den einzigen, für uns überhaupt in dieser Vorlage in Frage kommenden Punkt bildet die Einrichtung des Beirates zur Regelung der Kriegsbeschädigtenfrage. Aber auch hier ist der Magistrat nach unserer Auffassung ungesetzlich vorgegangen, da die Verordnung vom 8. Februar 1919, die auch für die Bildung des Beirates für Kriegsbeschädigte nach der Fürsorgeverordnung vom 13. Februar 1924 verbindlich ist, vorsieht, daß der Beirat paritätisch zusammengesetzt sein muß. D. h. also aus der gleichen Anzahl Kriegsbeschädigter und Hinterbliebener müssen die gleiche Zahl von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und auf sozialem Gebiet erfahrener Persönlichkeiten angehören. Das ist aber in der Vorlage nicht zum Ausdruck gebracht. Ferner ist es uns befremdlich, zu hören, daß die **Beiratsmitglieder des Kriegsbeschädigtenbeirates nur auf ein Jahr, während die übrigen Mitglieder auf vier Jahre gewählt werden,** ferner, daß die Mitglieder des Beirates durch die Stadtverordneten gewählt werden sollen, während das bisher der Leiter der Fürsorgestelle getan hat. Das alles sind Gründe, die uns in unserer ablehnenden Haltung gegenüber der Magistratsvorlage nur immer wieder bestärken und wir aus diesen Erwägungen heraus gar nicht in der Lage sind, und zwar einmütig alle Organisationen der Vorlage das allergeringste Interesse entgegenzubringen. Es soll hier außerdem festgestellt werden, daß der Mitunterzeichner der Vorlage, Herr Stadtrat Dr. May, anläßlich der verschiedenen Besprechungen den Organisationsvertretern ausdrücklich erklärt hat, daß sie keineswegs zu dem Armenpfleger oder Bezirkspfleger usw. zu gehen brauchen, um ihre Anträge usw. zu stellen, sondern daß sie nach wie vor ihre Anträge direkt von den Bureaus der Fürsorge anbringen sollen. Da es in keiner Weise die Vorlage erwähnt, im Gegenteil ist für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen in der Vorlage mit keinem Wort von einer Sonderstellung, außer dem Beirat, und auch der ist ungesetzlich nach unserer Auffassung, die Rede, d. h. also die Kriegsbeschädigten hätten dieselben Wege zu gehen, die die übrigen Fürsorgeberechtigten bzw. Hilfsbedürftigen einzuschlagen hätten. Wir stellen also ausdrücklich fest, daß Herr Stadtrat Dr. May hier, die den Organisationsvertretern abgegebene bestimmte Erklärung ebenfalls nicht eingehalten hat um wir können uns deshalb unter keinen Umständen mit der Vorlage abfinden. Wir lassen nachstehend unsere Wünsche nochmals folgen. Wir gestatten uns zunächst auf unseren den Herren Stadtverordneten bekannten, **Dringlichkeitsantrag** hinzuweisen, außerdem auf die in der öffentlichen Protestkundgebung im „Wintergarten" angenommene Resolution, auf deren Inhalt wir nochmals verweisen und geben in kurzen Worten unsere Wünsche hierdurch bekannt.

Die Kriegsopfer von Halle bitten die Stadtverordneten, eine besondere **Abteilung für die einheitliche Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenen-Fürsorge einzurichten,** die nach unserer Auffassung dem Jugendamt angegliedert werden kann. **Ferner erwarten die Kriegsopfer die Bildung eines Kriegsbeschädigtenbeirates,** der, wenn irgendmöglich, aus sechs Vertretern der hallischen Kriegsopferorganisationen bestehen soll, und ferner zwei Arbeitnehmern, zwei Arbeitgebern und zwei auf sozialem Gebiete erfahrenen Persönlichkeiten, wie es die Verordnung vom 8. 2. 1919 vorsieht und wie es auch in den Ausführungsbestimmungen zur Fürsorgeverordnung vorgelegt ist. Auch erwarten die Kriegsopferorganisationen, daß **es bei der bisherigen Regelung** verbleibt, wonach die nicht im Beirat vertretenen Organisationen das Recht haben, zu den Beiratssitzungen Vertreter mit beratender Stimme zu entsenden. **Die Kriegsopfer erwarten, daß der Beirat mit allen gesetzlichen Rechten und Pflichten ausgestattet wird und daß ihm ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird** zum Wohle der Kriegsopfer und nicht zuletzt zur Vereinfachung der Verwaltung.

Zur Begründung unserer obigen Forderungen einer besonderen Abteilung der Kriegsopferfürsorge gestatten wir uns, nachstehende **Zahlen der hallischen Kriegsopfer** bekanntzugeben. Nach den amtlichen Zahlen der Fürsorge besitzen wir in Halle 2200 Schwerbeschädigte, d. h. von 50—100 Prozent; 1145 andere Beschädigte, d. h. von 30—50 Prozent, 1297 Altrentner, 3421 sonstige Beschädigte, die in Sammelakten geführt werden.

Von diesen Kriegsbeschädigten wird an etwa 200 Zusatzrente gezahlt. 2961 Witwen, 3697 Halbwaisen, 268 Vollwaisen und 338 uneheliche Kriegerwaisen, 696 Eltern bzw. Mütter, Väter, 185 Altrentner (Altfond), 200 sonstige Fürsorgeberechtigte, nämlich Kriegspersonen und Aufruhrgeschädigte und deren Kindet.

Wenn man dann noch die gleichgestellten über 500 hinzurechnet, so kommt eine Zahl von rund **15 000 Kriegsopfern** in Frage. Nach diesen Zahlen würde auch, wollte man die Einrichtung des Magistrats nach der Vorlage in Anspruch nehmen, ein Stab von zirka 1500 Pflegern, ohne die Bezirkspfleger und anderen Personen nötig sein. Wie man das mit einem Abbau der Verwaltung, Sparsamkeitsrücksichten, Einschränkung der Verwaltungskosten usw. und alle die schönen Worte und Dinge, wie sie heißen mögen, in Einklang bringen will, das überlassen wir nach diesen Ausführungen dem gesunden Urteil der Herren Stadtverordneten Bei diesen von uns erwähnten Zahlen sind die **Kinder der Kriegsbeschädigten** noch nicht einbegriffen, wir gehen aber nicht fehl in der Annahme, daß ein Zehntel der gesamten hallischen Bevölkerung hinter unseren hier angegebenen Forderungen und Wünschen steht, und daß man wohl diesen Kreis nicht als ein Grüppchen Sonderbündler bezeichnen kann. Wir erinnern nur ganz nebenbei an den unauslöschlichen Dank des Vaterlandes und bitten Sie deshalb nochmals, unseren Forderungen beizutreten und **die Vorlage des Magistrats einmütig und grundsätzlich abzulehnen.** Wir hoffen, daß die Stadtväter **und grundsätzlich abzulehnen.**

Wenn die Kriegsopferorganisationen mit dem Dank des Vaterlandes rechnen, so haben sie sich gehörig geirrt. Das Bourgeoisgesindel wird verstehen, seine Aufgabe als Sachwerwalter des Dawes-Gutachtens auszuführen, und dazu gehört auch, daß die Kriegsopfer, die für den Profit des deutschen Kapitalismus geblutet haben, auf ein underthar schlechtes Lebensniveau herabgedrückt werden. Wenn sich hier einmal alle Kriegsbeschädigtenorganisationen vereinigt haben, so kann schon den bürgerlichen und sogenannten neutralen Vereinen gesagt werden, daß sie selbst ihre eigenen Interessen verraten und daß sie in jeder Weise diesen Interessen zuwiderhandeln werden.

Der bürgerliche Vertreter der Kriegsopfer im Stadtparlament hat ja selbst die Dringlichkeit des Antrages bestritten.

Die Kriegsopfer müssen noch manche Enttäuschung in dieser Frage erleben, wenn sie nicht einsehen, daß ihre Lage in der bürgerlichen Gesellschaftsordnung niemals so verbessert werden kann, wie es für sie und die gesamte notleidende Arbeiterschaft notwendig wäre.

Sie müssen beim Proletariat stehen, sie müssen sich einreihen in die Organisation der revolutionären Arbeiterschaft und müssen erkennen, daß ihnen nur wirklich geholfen werden kann, wenn das große Ziel erreicht wird: Die Diktatur des Proletariats!

*** Die Zahlung der Zusatzrenten für Kriegshinterbliebene** für den Monat Oktober findet durch das städtische Jugendamt, Kleine Steinstraße 8, wie folgt statt: Am Montag, den 13. Oktober, für die Buchstaben A bis G, am Dienstag, den 14. Oktober, für die Buchstaben H bis L, am Mittwoch, den 15. Oktober, für die Buchstaben M bis S, am Donnerstag, den 16. Oktober, für die Buchstaben St, Sch bis Z. Zahlzeit 8½ Uhr vormittags bis ½1 Uhr nachmittags. Ausweiskarten sind in jedem Falle unbedingt mitzubringen.

*** Achtung, Ofensetzer!** Außergewöhnliche Umstände haben die Lohnkommission veranlaßt, am Montag den Tarif zu kündigen. **Es wird deshalb jedem Kollegen zur Pflicht gemacht, am Sonnabend, dem 11. Oktober, zur Versammlung zu erscheinen.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241010-12/fragment/page=0005

* **Die Sonntags-Rückfahrkarten** von Halle nach Leipzig gelten ausnahmsweise noch zur Rückfahrt mit dem Personenzuge 442 Leipzig Hauptbahnhof ab 12.10 Uhr nachts, der 1.09 Uhr in Halle ankommt.

Teicha. Sonntag, dem 12. Oktober, findet nachmittags 2 Uhr für die Ortschaften **Teicha, Sennewitz und Gutenberg** bei Pohlt in **Sennewitz** eine **Konsumversammlung** statt. Dazu müssen alle Mitglieder erscheinen. Auch Nichtmitglieder haben Zutritt. Auf der **Tagesordnung stehen der Bericht der Verwaltung und die Wahl der neuen Vertreter der Geschäftsstelle Teicha.**

Aus der Jugendbewegung

Kommunistische Jugend. Heute, Freitag, abend um 8 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft **gemeinsamer Gruppenabend.**

Morgen, Sonnabend, abend um 8 Uhr Funktionärsitzung in der Produktiv-Genossenschaft. Jeder Funktionär, jeder Betriebszellenobmann muß erscheinen.

Sonntag: Nachmittagswanderung. Treffpunkt: Gruppe Nord: Café Diesse; Gruppe Süd: Hallmarkt. Abends um 7 Uhr: Spielen in der Kolonnade des „Volksparks".

*

An alle Ortsgruppen der KJ. Saalkreis. Wir weisen alle Ortsgruppen nochmals auf die am Sonntag, dem 12. Oktober, vormittags 9 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft stattfindende **Unterbezirkskonferenz** hin. Alle Ortsgruppenleiter haben unbedingt die Rundschreiben ausgefüllt mitzubringen. Ebenfalls sind sämtliche rückständigen Pflichtbeiträge abzuliefern.

Die Unterbezirksleitung.

Aus der Provinz

Das Wüten der Weißen Justiz

Immer neue Verhaftungen

Wie uns aus Gleisen gemeldet wird, ist am Mittwoch der Maurer Genosse Paul Brandt, der in Leipzig beschäftigt ist, auf dem Heimwege von der Arbeitsstelle in Freiroda plötzlich von zwei Landjägern verhaftet worden. Damit der Arbeiter ja nicht entwischen konnte, hatten die Landjäger den Schupo-Feldschuh in Stärke von 4—5 Mann herangezogen, die die Ausgänge der Ortschaft bewachen mußten. Es wurden also 6—7 Mann aufgeboten zur Verhaftung eines Arbeiters. Der Grund der Verhaftung ist unbekannt.

Es ist ein Skandal, wie in der „freiesten Republik" mit den Arbeitern umgesprungen wird. Erst läßt man sie den ganzen Tag für den Kapitalisten schwer schuften, und wenn sie abends müde und mit hungrigem Magen zu Fuß auf dem Heimwege sind, wirft man sie in den Kerker. Möchte doch die Arbeiterschaft bald handeln und die ganze reaktionäre Bande dahin befördern, wo sie hingehört!

Sollen die Erwerbslosen verhungern?

Die Arbeitslosen in Bornstedt seit 14 Tagen ohne Unterstützung

In Bornstedt (Kreis Sangerhausen) sollen die Arbeitslosen anscheinend verhungern, denn sie haben seit vierzehn Tagen keine Unterstützung mehr erhalten. Wer an dieser Schlamperei schuld ist, muß schleunigst aufgeklärt und die schuldige Stelle zur Verantwortung gezogen werden. In ihrer Not haben die betreffenden Arbeitslosen folgendes Protestschreiben an den Regierungspräsidenten abgesandt:

Die am 4. Oktober 1924 tagende Erwerbslosenversammlung protestiert aufs schärfste gegen das brutale Verhalten des Verwaltungsausschusses Sangerhausen. Haben doch die Erwerbslosen der Gemeinde Bornstedt schon 14 Tage keine Erwerbslosen-Unterstützung bekommen! Das ganze Verhalten dieser Behörde ist ungeheuerlich. Oder ist der Verwaltungsausschuß der Meinung, daß die Erwerbslosen von der Luft leben können? Die Erwerbslosen von Bornstedt beantragen hiermit bei der Regierung in Merseburg, die bestehenden Mängel sofort zu beseitigen. Sollte auch die Regierung in Merseburg versagen, so sehen wir uns veranlaßt, Beschwerde sofort an das Reichsarbeitsministerium einzureichen.

Die Erwerbslosen der Gemeinde Bornstedt.
J. A.: Rich. Schurrig.

Soweit sind wir also schon, daß den Erwerbslosen sogar die lumpigen paar Pfennige Unterstützung vorenthalten werden. Man soll sich nicht wundern, wenn die Empörung bis zur Siedehitze steigt. Oder ist eine solche Wirkung etwa gar beabsichtigt? Dann soll man sich über die Folgen nicht beklagen; die Arbeiterschaft, einschließlich der Erwerbslosen, drängt darauf, mit ihren Peinigern abzurechnen.

Beitritt zur JAH.

Der Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Hettstedt, hat einstimmig beschlossen, korporativ der JAH. beizutreten. Es ist Ehrenpflicht aller Arbeiterorganisationen, die JAH. in dieser Weise zu unterstützen.

Merseburg-Querfurt

Zu den Fleischvergiftungen in Dürrenberg

wird uns geschrieben:

Wir berichteten kürzlich über eine Fleischvergiftung in Dürrenberg und klopften dem Herausgeber des Dürrenberger Lokalblättchen dabei etwas auf die Finger, weil das Blättchen dieses ernste Vorkommnis glatt totgeschwiegen hatte. Bereits am Donnerstag zum Freitag, dem 18./19. September, erkrankten mehrere Einwohner, ohne die Ursachen der plötzlichen Erkrankung zu erkennen, weshalb auch der Arzt erst am Sonnabend, dem 20. September, zu Rate gezogen wurde. Allerlei Gerüchte schwirrten herum, ohne daß etwas Positives zu ermitteln war. Am Montag, dem 22. September, hofften viele Einwohner durch die „Dürrenberger Zeitung" etwas Näheres zu erfahren, aber die „D. Ztg." blieb stumm. Wir hatten inzwischen soviel Material gesammelt, um einigermaßen klar zu sehen, hielten aber unseren Bericht bis Mittwoch, den 24. September, zurück in der Hoffnung, daß die „D. Ztg." inzwischen doch von der Sache etwas gehört habe und darüber berichten würde. Die „D. Ztg." trieb weiter Vogelstraußpolitik, obwohl sie sonst die Flöhe husten hört. Dies ganze Verhalten mußte zu denken Anlaß geben, weshalb wir nunmehr in die Oeffentlichkeit gingen. U. a. fragten wir nun auch, was der die „D. Ztg." blieb stumm. Wir hatten inzwischen soviel Material gesammelt, um einigermaßen klar zu sehen, hielten aber unseren Bericht bis Mittwoch, den 24. September, zurück in der Hoffnung, daß die „D. Ztg." inzwischen doch von der Sache etwas gehört habe und darüber berichten würde. Die „D. Ztg." trieb weiter Vogelstraußpolitik, obwohl sie sonst die Flöhe husten hört. Dies ganze Verhalten mußte zu denken Anlaß geben, weshalb wir nunmehr in die Oeffentlichkeit gingen. U. a. fragten wir nun auch, was der stellvertretende Amtsvorsteher veranlaßt und ob er den Kreisarzt sofort benachrichtigt hätte; auch fragten wir, was der Landrat zu tun gedenke.

Heute, am 7. Oktober, lesen wir in der „D. Ztg." eine Notiz „Eine glänzende Rechtfertigung des Amtsvorstehers von Dürrenberg und des Gemeindevorstehers von Keuschberg durch den Herrn Kreis-Medizinalrat Dr. Kühnlein gegenüber den Angriffen im „Klassenkampf".

Der Kreistagsabgeordnete Schmöller sah sich infolge der Notiz in der „D. Ztg." veranlaßt, der Sache auf den Grund zu gehen, da anscheinend die ganze Angelegenheit auf ein falsches Gleis geschoben werden sollte. Fest steht, daß der „Klassenkampf" durch seinen Bericht über die Fleischvergiftung lediglich seine publizistische Pflicht erfüllt hatte, was nach dem Bericht der „D. Ztg." eine „Beunruhigung der Bevölkerung" gewesen sein soll. Gen. Schmöller wandte sich deshalb in seiner Eigenschaft als Abgeordneter des Kreises brieflich an den Kreisarzt, hatte aber zufällig Gelegenheit, den Kreisarzt persönlich in Keuschberg zu sprechen. Der Herr Kreisarzt erklärte im Laufe der Unterredung, daß **die Behörden erst durch den Artikel im „Klassenkampf" auf die Erkrankungen aufmerksam geworden seien; der Landrat hätte ihm den betreffenden Artikel zugestellt. Durch diese Erklärung des Kreisarztes sind alle Behauptungen der „D. Ztg." wiederlegt; die „glänzende Rechtfertigung" entpuppt sich als eine plumpe Mache, so daß wir fragen: Wer hatte ein Interesse an einer „Rechtfertigung" des Amtsvorstehers und des Keuschberger Gemeindevorstehers?** Beide sind gar nicht angeklagt worden; warum dann ihre Verteidigung? Wir fragten lediglich, was der Amtsvorsteher zur Aufhellung der Schuldfrage veranlaßt hatte und ob er den Kreisarzt benachrichtigt hat! Nach erfolgter Rücksprache mit dem Kreisarzt können wir mitteilen, daß der Amtsvorsteher-Stellvertreter, am Dienstag, dem 23. September, als Anzeige bei ihm erstattet wurde, den hiesigen Arzt befragt und dieser ihm erklärt habe, Fleischvergiftung liege nicht vor, worauf die ganze Sache für ihn amtlich erledigt sei. Somit haben also seine getroffenen Maßnahmen lediglich darin bestanden, den Arzt zu befragen, und weil Fleischvergiftung nicht angenommen wurde, glaubte der Amtsvorsteher seiner Pflicht als Gesundheitspolizei erfüllt zu haben. **Hier klafft ein Widerspruch!** Bei Herrn O. bescheinigt der Arzt auf dem Krankenschein Fleischvergiftung, und dem Amtsvorsteher soll erklärt worden sein, Fleischvergiftung liege nicht vor! Dazu die „glänzende Rechtfertigung" des Amtsvorstehers! Wann hat nun eigentlich der Amtsvorsteher die Sache nach Merseburg weitergegeben? Falls dies am 23. September, spätestens am 24. September geschehen ist, erklären auch wir, daß er seine Pflicht erfüllt hat. Um Antwort wird gebeten!

Merseburg. Erwerbslose auf den Plan! Am Sonntag, dem 12. Oktober, vormittags 10 Uhr, in der „Funkenburg" Erwerbslosenversammlung. Sämtliche Erwerbslosenräte der umliegenden Ortschaften müssen vertreten sein. Referent zur Stelle.

Merseburg. Die „Wohltätigkeit" der SPD.-Frauen. Daß die Frauen der SPD. eifrigst bestrebt sind, „vaterländische Frauenvereinsmeierei" nachzuäffen, ist nichts Neues. Genießen sie doch seit langem die zweifelhafte Ehre eines intimen Freundschaftsverhältnisses mit den bürgerlichen „Damen" bei der Zubereitung der Quäkerspeisung. Sie sind sehr stolz darauf, die Arbeit verrichten zu dürfen, für die die Finger der bürgerlichen „Damen" zu schade sind. Neuerdings beweisen die SPD.-Frauen mal wieder, wie sehr sie von ihren „Freundinnen" gelernt haben. Sie erweisen „Wohltätigkeiten", d. h., sie werfen den Armen Brocken hin, um diese über ihre traurigen Verhältnisse hinwegzutäuschen, um sie zufriedenzumachen mit den Mißständen des kapitalistischen Systems. Es ist eine Nähstube eingerichtet worden, in der Kleidungsstücke für die Erwerbslosen hergestellt werden sollen. Nun kam aber die schwere Frage: „Woher nehmen und nicht stehlen?" und da machten die SPD.-Frauen etwas, was bisher noch nicht dagewesen ist: sie veranstalteten eine Bettelaktion ausgerechnet bei den kommunistischen Frauen! Erwerbslose und Bedürftige von Merseburg! Ihr werdet zu Weihnachten von den SPD.-Frauen Almosen empfangen, dafür seid Ihr natürlich moralisch verpflichtet, Mitglied der SPD. zu werden, denn das ist doch des Pudels Kern. Die große Schlappe, die man sich bei der Reichstagswahl geholt hatte, muß doch mit allen Mitteln wieder wett gemacht werden; da ist auch das Mittel der bürgerlichen „Wohltätigkeitsduselei" nicht zu schmutzig. Zur Aufklärung sei denen, die beschert werden, gesagt, daß die Sachen, die sie bekommen werden, teilweise von Kommunistinnen gestiftet worden sind.

Merseburg. Freie Volksbühne. Der Dramatische Verein „Freie Volksbühne" bringt in einer Vorstellung am Sonntag das Lustspiel „Der neue Hausherr". Die Arbeiterschaft sollte den Verein unterstützen, da dieser der einzige Verein ist, der die Arbeiterschaft bei ihren Veranstaltungen auf dramatischem Gebiet unterstützt.

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

An alle Ortsgruppen des Kreises Zeitz!

Sonnabend, den 11. Oktober, abends 7½ Uhr, in der Schuhmacherherberge

Konferenz aller Ortsgruppen-, Distrikts- und Betriebs-Literatur-Obleute

Die Konferenz soll sich nur mit der Durchorganisierung des Partei-Literatur-Vertriebes in allen Orten und Betrieben beschäftigen. Pflicht aller obengenannten Funktionäre ist es deshalb, unbedingt zu erscheinen.

Fahrtauslagen werden vergütet.

Produktiv-Genossenschaft f. d. Bezirk Halle-Merseburg eGmbH.
Abteilung: Bezirks-Zentralbuchhandlung.
J. A.: G. Borrmann.

Große Arbeitslosigkeit und Hungerlöhne bei guter Konjunktur

Aus Zeitz wird uns geschrieben:

In fast allen Zeitzer Betrieben macht sich gegenwärtig ein recht flotter Geschäftsgang bemerkbar. Die Kinderwagenindustrie ist voll beschäftigt. Bis vor kurzem waren noch Feierschichten an der Tagesordnung. Die Weihnachtsaufträge haben das Geschäft belebt, so daß in manchen Betrieben neun Stunden gearbeitet wird. In der Nahrungsmittelbranche (Schokoladenfabriken) und in der Taschenlampenindustrie wird teilweise mit zwei Schichten gearbeitet. Für die Unternehmer bedeutet dies Riesengewinne, die Arbeiter blasen sich trotz alledem in die leeren Hände, denn der Lohn reicht kaum fürs nackte Leben. Abgetragene, nicht mehr brauchbare Gegenstände für den täglichen Gebrauch können nicht ersetzt werden, weil in den meisten Familien ein oder mehrere Personen arbeitslos sind. Es ist aber trotz Hochkonjunktur immer noch ein riesiges Arbeitslosenheer am Orte zu verzeichnen.

Wie verhalten sich demgegenüber die berufenen Führer der Arbeiterschaft? Machen sie auch nur den geringsten Versuch, hier einmal Wandel zum Bessern zu schaffen, diese einst roten, jetzt schwarzrotgoldenen Sozialdemokraten? Mit nichten! In Parlamenten, Lohn- und sonstigen Verhandlungen übt man fortgesetzt glatten Arbeiterverrat. Und wie überall, so auch hier. Bei der Firma „Gloriawerke" (Fliegenfänger- und Taschenlampenfabrik, Inhaber Lewy), sind Löhne für Mädchen von 14 bis 20 Jahren weit unter 6 Mark an der Tagesordnung. Nicht viel besser steht es bei der sattsam bekannten Firma Max Dames. Im erstgenannten Betrieb wird mit zwei Schichten gearbeitet. Daneben können es, wie uns glaubwürdig versichert wird, sogar Arbeiterinnen nicht unterlassen, Ueberstunden zu leisten. Anstatt sich aber einmal eingehend mit diesen Betrieben zu befassen, haben unsere „prominentesten" Gewerkschaftsführer Paul Müller und Dietrich nichts anderes zu tun, als in Betriebsrätesitzungen usw. tüchtig über die Kommunisten herzuziehen. Auf einen Schwindel mehr oder weniger kommt es beiden nicht an. „Verleumde kühn, es bleibt ja doch was hängen", ist beider Wahlspruch. Anstatt diese bis aufs letzte ausgebeuteten Geschöpfe dieser Betriebe zu einer Versammlung aufzurufen, entschuldigt man sich damit, ohne auch nur zu wissen, wieviel Organisierte oder ob überhaupt solche dort arbeiten, mit den Worten: „Die mögen sich nur erst organisieren!" Wahrhaftig, das sind die echten und rechten Gewerkschafts„führer", wie sie sich das Unternehmertum besser nicht wünschen kann. Wenn dann durch vieles und langes Verhandeln einige Bettelpfennige für die Arbeiter abgefallen sind, so ist es gerade dieser Paul Müller, der sich in seiner großsprecherischen Weise nicht genug rühmen kann, was „er" schon für die Arbeiterschaft „herausgeholt" hat. Die Kollegen und Kolleginnen aller Berufe mögen es sich aber gesagt sein lassen, es gilt für sie alle trotz alledem der Ruf: **Hinein in die Gewerkschaften! Besucht restlos die Gewerkschaftsversammlungen!** Fordert dort Eure Führer auf, zu handeln! Unterlassen sie dies, nun gut, am Jahresschluß oder Beginn des neuen Jahres finden die Wahlen der Ortsverwaltungen statt. Besetzt letztere gut, und es wird ein Wandel zum Bessern eintreten. Jagt die Saumseligen zum Teufel!

Von der Tribüne

Von **Johannes R. Becher**

Unsere marxistischen Forscher haben mit revolutionärem Elan Ihre Zenturiskranke durchbrochen und Sie, Herr Generalstaatskommissar, propagieren bald nurmehr zu Ihrem eigenen Gespött und zu unserem schallenden Gelächter jene deutsche Kulturpleite.

Für jeden anständigen Deutschen gilt Ihnen und Ihresgleichen gegenüber die — Gewalt-Pflicht. Die Pflicht zur Anwendung von Gewalt, welcher Art auch immer. . . und wir bekennen es offen: wir unterminieren Ihr Terrain, wo wir nur können. Die lebendigen geistigen Kräfte Deutschlands werden sich an Gestalten wie Ihresgleichen zu tüchtigen Unterminier-Ingenieuren heranbilden, und, wie ein Bovist platzt, so knallt es eines Tages auch Sie auseinander, Her Generalstaatskommissar, überprall gemästet mit Volksbetrug.

Deutsch sein heißt: Trotz alledem! Und in diesem Sinn als wahrhaft deutsch wird sich vor dem Tribunal der Geschichte die geschlossene deutsche revolutionäre Arbeiterschaft legitimieren; Sie, der Patriot, aber entlarvt sich schon heute als ein Verräter und Fälscher. Sie, und mit Ihnen alle die, die in den Sumpf eine Stange stecken, und es sich daran genug sein lassen, eine schwarzweißrote Fahne zu hissen, und die, ihre Trommelbäuche aneinanderschepperndn, in ihren jämmerlichen Gehirnen das Hurragewinsel eines völkischen Gesindels verwechseln mit dem schwungvollen Heldengesang eines wiederauferstehenden Volkes.

Generalstaatskommissar! Es ist das letzte patriotische Wettangeln, das Sie und Ihre höfische Clique heute veranstalten. Trompetentusch, Paraden: heiß an, mein Fischlein, heiß an!... Bernehein Sie noch kräftig bis zur Stickluft mit Pfaffengiftgas die Atmosphäre! . . . Trotz alledem! Bald schnappt keiner mehr nach ihrem weißblau oder schwarzweißrot lackierten Köder.

III.

„Auferstehn, ja auferstehn!"

An die deutsche Jugend!

Es hat begonnn im Riesendrama der Menschheit ein neuer Akt mit dem letzten Auftritt der Narren-Präsidenten, der „demokratischen" Massenschlächter und der vom Staat sanktionierten Volksverbrecher. Zu einer öden Farce degradiert die Entwickelung der Geschichte das Herrenmenschentum, alle die auf die Kosten anderer Lebenden. Es ist die Zeit der Sichtbarmachung, des Bewußtwerdens einer neuen Menschenordnung. Eine neue Freiheit wird sein, aber keine gegen die anderen, sondern eine Freiheit für, eine Freiheit mit den anderen.

Es ist die Zeit des Kampfes um die Wiedergeburt des Menschen aus der Menschengemeinschaft.

Zwei Fronten sehe ich, die pressen sich täglich bis zum Entscheidungskampf immer enger aneinander: eine Weiße, eine Rote. Wie es in dem Gedicht des Russen Majakowski heißt:

„Es wird singen die eine Hälfte der Erde ein Weißes Lied."

„Es wird singen die andere Hälfte der Erde ein Rotes Lied".

Jeder Tag: eine Fühlungnahme der Spitzentruppen, ein Gegeneinander-, ein Aneinandervorbei-, ein Zurückmanövrieren dieser beiden Kräfte . . .

Wo stehst Du?!

Denn wollen wir wieder ernsthaft den „Sinn", so wollen wir auch alle Mittel und Wege, die es uns ermöglichen, das Weltbild wieder als sinnvoll zu begreifen. „Wir wollen wieder Menschen werden!!!" Dieser Aufschrei des maßlos gemarterten und des zu einem höllischen Waren-Dasein verdammten Menschen: das ist der Wille der Revolution.

Ich bekenne: dieser Weg heißt — Klassenkampf.

Warum Klassenkampf!?

Der Mensch ist heute in erster Linie nicht als ein isoliert biologisches Faktum gegeben, sondern als ein gesellschaftliches, als ein Zoon politikon. Die Gesellschaft ist zur ersten Wirklichkeit geworden, sie tritt bereits den Menschen an Stelle der von ihm beherrschenden Natur als „zweite Natur" gegenüber. Die Wissenschaft, die die Gesellschaftsgesetze erforscht, die Soziologie, ist die wichtigste Wissenschaft dieser Zeit. Die Gesellschaft ist die vergegenständlichte Beziehung der Menschen untereinander. (O wenn die Individualisten, alle die, die so fanatisch ihren Persönlichkeitskult betreiben, wüßten, wie sie sich alle einander aufs Haar gleichen! Kilometerweit schon schmeckt man den faden Geruch ihrer Einander-Aehnlichkeit.) . . .

Damit sind die Kämpfe der Nationen untereinander schon wesenlos geworden, zwei andere Völker scheiden sich immer schärfer von einander ab: die Unterdrückten und die Unterdrücker. Die ersteren immer mehr verelendend und immer mehr sich ihrer Klassenlage bewußt, die letzteren im widerrechtlichen Besitz des Gesellschaftseigentums, der Produktionsmittel und des staatlichen Machtapparats. Hier ein brutaler Kampf um den „Markt", ein Kampf ethisch und nationalistisch-ideologisch verbrämt, dort ein verzweifelter Daseinskampf um den Arbeitsplatz. Hier anarchistisch-kapitalistischer Welt-Raubbau, dort die Ansätze zu einer organisierten planmäßigen Weltwirtschaft . . . Alle Nationalitäten- und Rassenunterschiede erweisen sich künftighin als veraltet, kraftlos und als „konstruktiv" gegenüber der mörderisch-sichtbar herausgearbeiteten Wirklichkeit dieser beiden neuen Frontlinien. Zwei Völker, zwei Klassen. So verschiedenartig wie in ihren allgemeinen ökonomischen Daseinsbedingungen, so verschiedenartig auch in ihrer Sprache, in ihren Erlebnissen, in ihrem geistigen Daseins-Ausdruck. Nur über diesen Klassen, über diesen Völkerentscheidungskampf hinweg führt der Weg zur Volks-Einheit, zur Menschheits-, zur Welt-Einheit. Erst in der klassenlosen Gesellschaft ist das „uninteressierte" Forschen und Philosophieren, ist das reine, das Gemeinschaftskunstwerk möglich.

Ich bekenne: diesen Marsch der Menschheit in die klassenlose Gesellschaft vor den räuberischen hinterhältigen Zugriffen der absterbenden Kapitalisten-Generationen zu sichern, dazu bedarf es eines exakt funktionierenden Gewalt-Instruments: der Diktatur des Proletariats, der Roten Armee. Das ist auch der Auferstehungstag der Deutschen, das wird der Tag sein der „Eroberung des Vaterlands", wenn die Rote Armee durchs Brandenburger Tor in Berlin einmarschiert.

Mit Trommeln und Pfeifen . . .

Regiment Liebknecht. Regiment Luxemburg.

Für die Menschheitskatastrophe oder für eine glücklichere Menschheitszukunft, für oder gegen die Revolution —: so ist Dir die Frage gestellt. Keiner vermag sich der Beantwortung dieser Frage zu entziehen, und wie auch die Antwort auf diese Hauptfrage unsrer Zeit ausfällt, sie erfordert Dich ganz, sie fordert den Einsatz Deines Lebens.

Entscheide Dich! . . .

Alle privaten Erlösungsversuche, alle sektiererhaften Heilexperimente vom einzelnen oder von den einzelnen und nicht von der Gesamtheit der Klasse aus sind harmlose Spielereien, Narrenstreiche, die Dir die bürgerliche Gesellschaft allemal gern verzeiht, denn im Grund sind sie ihr völlig ungefährlich. Denn Du stellst Dich damit, indem Du auf die aktive organisierte Massenkritik verzichtest, bereits auf den Boden der Tatsächlichkeit, d. h. Du stabilisierst die ökonomischen Verhältnisse als unabänderliches Welt-Gesetz, das als Gesetz nicht aufzuheben, höchstens individuell nur zu sabotieren sei. Du magst die bürgerlichen Ideologien noch so witzig und genial zerfetzen, Du magst tausend- und abertausendmal das zynische Gesicht der herrschenden Klassen mehr oder weniger geschickt abkonterfeien, Du erreichst weiter nichts als die Wirkung eines vielleicht manchmal unangenehmen Kitzelns; das bürgerliche Gefäß bewegt sich zwar, platzt aber nicht in die Luft. Alle diese Gegenkräfte aber werden erst wirksam als motorische Zünd- und Hebelkräfte, wenn der Widerspruch Gestalt wird, als ein konkreter Widerspruch, als ein Widerspruch en masse. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241010-12/fragment/page=0006

Dangendorf. Werbeabend der Roten Frontkämpfer. Am Sonnabend, dem 11. Oktober, veranstaltet der Rote Frontkämpfer-Bund, Ortsgruppe Weißenfels, im Gasthof Lorbeer einen Werbeabend unter Mitwirkung der Kraftsportabteilung von 1893. Das Programm ist abwechselungsreich: Prolog, Reigen, Musik, Rezitationen, Freiübungen und Ringkampf usw. sind auf dem Programm vorgesehen, so daß ein genußreicher Abend für die Besucher zu erwarten ist.

Kretzschau. Gemeindevertretersitzung. Am Sonntag, dem 12. Oktober, mittags 1 Uhr, findet in Börners Lokal eine Gemeindevertretersitzung statt, zu welcher die Arbeiterschaft hierdurch eingeladen ist.

Mansfeld-Sangerhausen

Empörende Behandlung verunglückter Arbeiter

Am vergangenen Dienstag verunglückten in **Hettstedt** die Gebrüder Albert und Otto Ecke, indem sie von einem drei schwer zu Schaden kamen, so daß sie dem hiesigen gewerkschaftlichen Krankenhause zugeführt werden mußten. Beide standen bei einer Baufirma im Arbeit und führten Arbeiten bei der Mansfeld-A.-G. au. Otto E. hatte man bereits im Krankenhaus entkleidet und gebadet, als man auf dem Krankenschein entdeckte, daß die Verunglückten gar nicht in gewerkschaftlichen Betrieben arbeiten, sondern bei der erwähnten Baufirma in Arbeit stehen. **Und da brachte man es fertig** — jeder anständige Mensch entsetzt sich vor solch einer Handlung — **die Kranken wieder anzuziehen und sie nach Hause zu schicken, obwohl sie vor Schmerzen kaum kriechen konnten!** Eine wahrhaft treffende Szene aus unserer „herrlichen" Gesellschaftsordnung!

Derartige Dinge passieren des öfteren im Paradiese der Mansfelder Arbeiter. Die Arbeiterschaft muß gegen solche empörende Zustände Front machen; sie darf nicht dulden, daß kranke, verunglückte Arbeitsgenossen obendrein noch auf solche schmutzige Weise behandelt werden. **Am Sonnabend findet in Hettstedt eine öffentliche Versammlung statt, in der auch über diese Vorgänge gesprochen werden wird. Arbeiter, heraus! Auf, in die Versammlung! Zeigt Euren Ausbeutern, daß Ihr gewillt seid, für Eure Interessen zu kämpfen!**

Eisleben. Amtsniederlegung im Stadtparlament. Amtlich wird mitgeteilt: Die Stadtverordneten Dr. Strasser (bürgerlich und Merzinski (KPD.) haben ihre Aemter als Stadtverordnete niedergelegt.

Eisleben. Falsche Gerüchte! Der Magistrat teilt uns folgendes zur Veröffentlichung mit: „Entgegen den in der Stadt umherlaufenden Gerüchten, daß der Wirt des bayrischen Bierzeltes auf der Wiese für wohltätige Zwecke etwas gespendet habe, wird mitgeteilt, daß dem städtischen Wohlfahrtsamte von dieser Seite keine Spenden zugegangen sind und daß auch von der Speisung von 500 Schulkindern durch den Wirt nichts bekannt ist." Na also! Nur Dumme konnten so etwas glauben! So sehen diese Leute auch aus; die werden sich hüten, von den verlosenen faszistischen Geldern auch nur einen Heller herauszurücken. Wer mag nur solche Gerüchte in die Welt gesetzt haben, und zu welchem Zwecke? Etwa die Faszisten, um ihr Gewissen zu beruhigen?

Mansfeld. Oeffentliche Bergarbeiterversammlung. Auf die am Sonntag, 12. Oktober, vormittag ½10 Uhr im Grasemannschen Lokal stattfindende öffentliche Bergarbeiterversammlung, in der der sattsam bekannte Hesse spricht, wird besonders aufmerksam gemacht. Alle Bergarbeiter müssen zu dieser Versammlung erscheinen. Die Union der Hand- und Kopfarbeiter hat ihre Mitglieder zum Besuch verpflichtet.

Kelbra. Hausbesitzerfrechheiten. Der Hausbesitzer Rechnungsrat a. D. Rauchstein scheint ein ganz besonderer Pascha zu sein. Er versucht mit allen Mitteln, seinen Mieter, Schlossermeister Rosenthal, rauszusetzen. Die Justiz hilft ihm dabei. Die Wohnungskommission aber steht auf einem andern Standpunkt. Jetzt hat nun Herr Rauchstein einen ellenlangen Brief an die Regierung geschrieben, in dem er die Wohnungskommission nach Noten beschimpft. Besonders hat er es auf die kommunistischen Mitglieder der Kommission abgesehen. In einer gemeinsamen Sitzung des Magistrats und der Wohnungskommission wurde beschlossen, gegen Rauchstein strafrechtlich vorzugehen.

Roßla. Kommunistische Gemeindepolitik. Die letzte Gemeindevertretersitzung zeigte wieder einmal so recht die Unfähigkeit der bürgerlichen Fraktion. In einer früheren Sitzung war ein Antrag der Kommunisten auf Eigenbewirtschaftung des Obstbehanges abgelehnt worden. Daraufhin war ein Ersatzantrag unserer Fraktion auf Parzellierung der Promenade angenommen. Als dann aber beim Verkauf nicht genug Geld hereinkam und der Oebster bedeutend mehr dafür bot, wurde sie den Oebstern Heckert und Sanftleben überlassen. Die bürgerliche Mehrheit hatte dann bei Stimmenthaltung unserer Genossen beschlossen, den Obstinteressenten, denen die Parzelle weggenommen wurde, als Ersatz 8 Mark zu zahlen. Nach einigen Wochen hatten es die Bürgerlichen aber schon bereut. In der am Dienstag stattgefundenen Sitzung brachte der Gemeindevorsteher die Bedenken gegen obigen Beschluß vor und die Bürgerlichen waren geneigt, den Beschluß rückgängig zu machen. Unsere Genossen protestierten jedoch ganz energisch dagegen und Genosse Fiedler zeigte den Bürgerlichen die Rechtslage bei der ganzen Geschichte, nachdem ihm der Amtsvorsteher die nötige Handhabe dazu gegeben hatte durch seine Unbehaftenheit. Der Erfolg des Auftretens unserer Fraktion war, daß der Beschluß gegen die Stimmen des Oebsters Sanftleben, der anscheinend nur seine eigenen Interessen vertritt, aufrechterhalten wurde.

Bitterfeld-Delitzsch

Zschornewitz. Denkmalsrummel. Unter dem Deckmantel: „Ehrung der im Weltkriege Gefallenen und Verunglückten der Explosionskatastrophe 1917" wurde am Sonntag, dem 5. Oktober, das Denkmal eingeweiht. Der Denkmalsausschuß, dem drei leibhaftige Direktoren und ein sozialdemokratischer Amtsvorsteher angehören, war schon vor Wochen in den Arbeitervereinen krebsen gegangen, um Gimpel als Staffage zu bekommen. Zur Ehre der Arbeitervereine muß gesagt werden, daß sie auf diesen Leim nicht gekrochen sind, außer der Arbeiter-Samariterkolonne, der Feuerwehr und Schwarz-Rot-Gold hatte es die Arbeiterschaft unter ihrer Würde erachtet, gemeinsam mit Krie—gerverein, Stahlhelm und Jungdo das Gedenken der Gefallenen zu ehren. Pfarrer Schenke hob in seiner faden Rede hervor, welch unsägliches Elend der Weltkrieg zutage gefördert. Waren es nicht die Pfaffen der gesamten Welt, die an einem besonders mordreichen Tage des Krieges die Glocken läuten ließen und Dankgottesdienste abhielten? Zogen nicht auch diese gefallenen Proletarier unter dem Segen der Pfaffen mit in das Morden für die kapitalistische Klasse? War nicht die kapitalistische Ausbeutung schuld an der Explosionskatastrophe? Er sprach weiter von „Dankbarkeit". Auch die Stützen des Klassenstaates versicherten den Kriegskrüppeln und Hinterbliebenen: „Der Dank des Vaterlandes ist Euch gewiß!" (Dank ja, aber kein Geld!) Not und Sorge sind die täglichen Gäste der Kriegshinterbliebenen und -verletzten. Aber Unsummen schmeißt man den feige geknifsenen Fürsten und Fürstchen hinterher. Der Obersozialdemokrat Wurschitzi entblößte das Denkmal; noch im Jahre 1920 war derselbe ein begeisterter Gegner jeden Denkmalsrummels! Andere Zeiten — andere Ueberzeugung. Der Krie—gerverein pulverte die üblichen Ehrensalven. Der Gemeindevorsteher gedachte der in Zschornewitz erschossenen Gefangenen und forderte die Teilnehmer auf, nach dem Friedhof zu marschieren. Die tapferen Kämpen des Kriegervereins, des Stahlhelms und Jungdo waren anderer Meinung; sie achselten die Büchse und zogen nach dem Gasthof. Die übrigen bürgerlichen Vereine marschierten stramm am — Friedhof vorbei! So befand sich Schwarz-Rot-Gold allein auf dem Friedhof. Arbeiter, seht Ihr nun, wie recht die Kommunisten hatten: Nicht mit Stahlhelm, Kriegerverein den Chauvinismus fördern und Staffage für den Denkmalsausschuß bilden. Auch wir Kommunisten gedenken der gefallenen Proletarier, zwar nicht durch marktschreierisches Tamtam und Denkmalsfeiern. Wir setzen uns dafür ein, den Witwen und Waisen ein besseres Dasein zu verschaffen; auf diese Art und Weise werden wir im Sinne der Opfer des Völkermordens wirken. **Fort mit der kapitalistischen Ausbeuterklasse — nie wieder Krieg!**

Torgau-Liebenwerda

An die Arbeiter des Kreises Liebenwerda!

Arbeiter! Genossen! Der Winter steht vor der Tür! 7000 ehrliche Klassenkämpfer sitzen hinter feuchten, kalten Gefängnismauern. Ihre Angehörigen, des Ernährers beraubt, sind dem Elend preisgegeben. Neben dem Hunger gesellt sich nun noch die Kälte. Die Angehörigen der Märtyrer der Revolution sind denselben Entbehrungen ausgesetzt. Vom brügerlichen Staat können sie keine Hilfe erwarten. Ihnen zu helfen ist darum Pflicht ihrer Arbeitsbrüder und Schwestern! Wiederholt ist der Ruf an Euer Ohr gedrungen: **Gebt für die politischen Gefangenen! Gebt, ehe es zu spät ist.** Leider hat dieser Ruf immer noch nicht den nötigen Widerhall gefunden, was besonders in unserm Kreise zu verzeichnen ist. Gar mancher hat ein überflüssiges Kleidungsstück oder auch mal etwas Rauchbares übrig, womit er den Unterstützungsbedürftigen einen guten Dienst erweisen könnte. Die Angehörigen der proletarischen Kämpfer frieren. **Sammelt Kleidungsstücke! Sammelt schnell, Hilfe tut not!** Zur geistigen Stärkung unserer eingekerkerten Genossen sind auch gute Bücher willkommen.

In Bockwitz („Volkshaus", Zimmer 6) ist eine Sammelstelle der „Roten Hilfe" eingerichtet. Dort können Kleidungsstücke für politische Gefangene und deren Frauen und Kinder abgegeben werden. Auch Geldspenden, Rauchwaren und dergleichen sind willkommen. Helft, ehe es zu spät ist.

Das Kreiskomitee der „Roten Hilfe".

Bockwitz. Konsumverein. Sonntag, den 12. Oktober, nachmittags 3 Uhr, in Richters Saal in Bockwitz Generalversammlung. (Siehe Inserat.)

Mückenberg. Zu unserem Bericht über schwarzweißrote Fahnen stellen wir gern fest, daß Kaufmann Rümbel, Tabakwaren, nicht mehr über eine derartige Fahne verfügt; dieselbe soll zu Kleidungsstücken verarbeitet worden sein.

Magdeburg-Anhalt

Jeßnitz i. Anh. Die Ortsgruppe Jeßnitz des Roten Frontkämpfer-Bundes nimmt am Sonnabend, dem 11. d. M. zum ersten Werbeabend des Roten Frontkämpfer-Bundes, Ortsgruppe Bitterfeld, daselbst geschlossen teil. Abmarsch vom „Volkshaus" 6,15 Uhr. Teilnahme aller Mitglieder ist Pflicht.

Neues vom Tage

Amerikafahrt des Z. R. III. Blättermeldungen aus Friedrichshafen zufolge ist als Termin für die Abfahrt des Z. R. III nach Amerika nunmehr der Sonnabend vormittag 8 Uhr festgesetzt worden. — Von der gesamten bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse, die dem Zeppelin zujubelt, ist bisher noch kein einziges Wort darüber gesagt worden, daß das Luftschiff als Reparationslieferung nach Amerika fährt. Ob die Massen für den Fall, daß sie den Zweck des Zeppelinbaues durchschauten, ihm auch noch so begeistert zujubeln würden.

Die Schuld an dem Mainzer Eisenbahnunglück. Die Schriftoder vielmehr Eisenbahngelehrten streiten sich jetzt über die Schuldfrage am Mainzer Unglück. Nach ihrer Auffassung sind Einzelpersonen, nicht aber der **schlechte Zustand des Eisenbahnmaterials, der Arbeit und die Länge der Arbeitszeit der Eisenbahnbeamten** an der Katastrophe schuld. Sie, d. h. die Behörden und Eisenbahnverwaltungen, diskutieren jetzt, um die wahren Gründe des Unglücks zu verschleiern, darüber, ob — — deutsche oder französische Beamte, das deutsche Zugpersonal oder die französischen Fahrtdienstleiter und Aufsichtsbeamte im Mainzer Hauptbahnhof die Schuld tragen. Man erklärt lang und breit, daß dies und jenes nicht sein müßte, nicht sein durfte usw. Die wirklichen Ursachen des Unglücks aber werden geflissentlich in Schweigen gehüllt. Was nur zu schlecht gelingt!

Unfall bei einer militärischen Uebung in Südslawien. Aus Belgrad wird gemeldet: In Groß-Beckerek ereignete sich bei einer militärischen Uebung mit einer neuen französischen Abwehrbombe ein Unglück. Ein Oberst demonstrierte die Bombe seinen Soldaten, wobei sie explodierte. Der Oberst, sein Adjutant und sieben Soldaten wurden getötet.

Dieser Vorfall zeigt zweierlei: Der Militarismus fordert selbst im tiefsten „Frieden" unerhörte Opfer. Weiter ist wieder einmal der unwiderlegbare Beweis erbracht, wie fieberhaft insbesondere im Frankreich des „pazifistischen", „linken" Herriot gerüstet wird. Frankreich versorgt weiter seine Vasallenstaaten, die es gegen Sowjet-Rußland gedungen hat, mit Munition. Alle pazifistischen Phrasen, die diese Tatsache verschleiern sollen, werden also damit wieder als das entlarvt, was sie sind: Betrug an den arbeitenden Massen, begangen von der Einheitsfront-Poincaré-Herriot.

Briefkasten

Volkshalde: Eingänge erhalten. Wir werden Euren Wünschen entgegenkommen. — **Bockwitz:** Wird gebracht! — **Artern:** Dies sich noch nicht ermöglichen! — **Pieskerig, Weißenfels, Gerbstedt:** Art heute zu spät eingegangen! — **F., Eisleben:** Wieder falsch gerahmt! Handelt sich um die Herstellung Gr.!

Unsere Leser bitten wir, den Oktober-Abonnementsbetrag an die Trägerin nur gegen Ueberreichung der Quittung zu verabfolgen.

WEISS KLEIDER WERKSTÄTTEN

Was ist modern?

Diese Frage beschäftigt heute jeden, der sich ein neues Kleidungsstück anschaffen will. Kommen Sie zu uns, wir zeigen Ihnen bereitwilligst unsere große Auswahl, ohne daß Sie sich zu einem Kauf verpflichten müssen

2989

wkw-Herren-Salko-Anzüge moderne Farben und Formen, gediegen. Stoffe 39,00 35,00 29,00 — **27,00**

wkw Herren-Salko-Anzüge feiche Form., mod. Streifenmuster 66,00 59,00 53,00 — **47,00**

wkw-Herren-Salko-Anzüge Ersatz f. Maßarbeit, in viel. Mustern und Farbenstellungen 98,00 88,00 78,00 — **74,00**

wkw-Herren-Anzüge, blau 1- u. 2reihig mod Formen beste Verarbeitung, gute Cheviots, Kammgarn- und Twillstoffe 85,00 74,00 68,00 — **56,00**

wkw-Rock und Westen aus guten marengo u. schwarz Stoffen 74,00 66,00 59,00 — **47,00**

wkw-Gehrock-Anzüge solide Kammgarn- und Tuchqualitäten . . 118,00 98,00 — **75,00**

wkw Smoking-Anzüge sehr elegante Ausführung, beste Stoffqualitäten 130,00 118,00 — **98,00**

wkw-Tanz- u. Abend-Anzüge in vollendet. Form., woll. Cheq.- u. Kammgarnstoffe 118,00 98,00 — **85,00**

wkw-Oberhemden prima Perkal, mit 2 Kragen . . . 7,95 — **6,95**

wkw-Oberhemden prima Zephir, mit 2 Kragen . . . . . — **12,50**

Herrenhüte Herbstneuheiten, mit u. ohne Randeinfaß 7,90 — **6,25**

Haarhüte extra leicht, neue Formen viele Farben . . . . — **11,50**

wkw-Herren-Ulster mittelgrau u. brauner Fischgratstoff, schwere Qualität, moderne Form 53,00 47,00 42,00 — **35,00**

wkw-Herren-Ulster dunkler Flausch, Velour- u. Cheviotstoffe mit angewendtem Futter, mod. Taillenform m. Gürtel 88,00 74,00 66,00 — **59,00**

wkw-Herren-Paletots aus marengo Cheviot mit Samtkragen, 1- und 2reihig, solide Form 75,00 66,00 58,00 — **47,00**

wkw Herren-Lodenmäntel impr. grau u. grüner Strichloden . . 42,00 36,00 32,00 — **27,00**

wkw-Herren-Gummimäntel rote wkw-Spezialgummierung, Nessel, Köper und Zwirnstoffe 26,00 23,00 21,00 — **19,50**

wkw-Herren-Gummimäntel rote Spezialgummierung, Covercoat, Cheviot und Homelpunstoffe 42,00 39,00 33,00 — **29,00**

wkw-Sport-Anzüge zwei- und dreiteilig, mit Breechshose und Knickerbocker, Homelpun- oder Kordstoffe . . . 58,00 53,00 43,00 — **36,00**

wkw-Manchester-Anzüge m. Breechshose und dreiteilig, Gürtel doppeltes Gesäß 59,00 50,00 47,00 — **36,00**

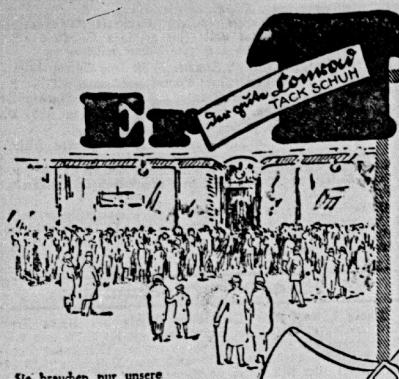
Unsere Abteilung Knaben-Kleidung bietet reiche Auswahl aller Arten Anzüge und Mäntel eigener Fabrikation

Arbeitskleidung für jeden Beruf haben wir jetzt in besonders guten Qualitäten preiswert auf Lager

S. Weiss

Bei 1/6 Anzahlung reservieren wir alle gekauften Gegenstände 6 Wochen, damit es Ihnen möglich ist, von unserem Angebot Gebrauch zu machen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241010-12/fragment/page=0007



Er?

veranstaltet ein

Preisausschreiben

Sie brauchen **kein Geld einzuschicken**

Sie brauchen **nicht Käufer zu sein**

Sie brauchen **nur unsere Schaufenster zu besichtigen,** aus denen alles Weitere hervorgeht!

„Sie brauchen nicht Käufer zu sein", trotzdem beachten Sie bitte gleichzeitig unser

billiges Angebot

Damen-Halbschuh, gute Verarbeitung	6.90
Damen-Schnürstiefel, Ia. Roßchevr., bewährter Straßenstiefel	8.90
Damen-Schnürstiefel, Roßchevreau, mit Lackkappe	11.90
Herren-Schnürstiefel, Ia. Roßchevreau, äußerst gefällige Form	9.80
Herren-Schnürstiefel, echt Rindbox, solider Straßenstiefel	11.50
Herren-Halbschuh, Roßchevreau, breite Form	9.50

Winter-Artikel
Alle Ausführungen in großer Auswahl zu billigsten Preisen

„Sie brauchen nur unsere Schaufenster zubesichtigen"!

10 Preise
in bar von 500–100 Mk.

240 Preise
von 50–10 Mk. in Gutscheinen, die in jeder unserer Filialen in Zahlung genommen werden

Tel. 6240

Conrad Tack Schuhfabrik & Cie A.G. Burg b. M.

Verkaufsstelle Conrad Tack & Cie., GmbH. **Halle (Saale), Schmeerstr. 1**

2988

Nach getaner Arbeit
ist gut ruhen! — Bedienen Sie sich dazu behaglicher, erstkl. gearbeiteter **Chaiselongues, Bettchaiselong., Sofas** und **Sesselsel** aus den Werkstätten von

BRUNO PARIS,
jetzt Brüderstr. 3 — 1 Minute vom Markt
Zahlungserleichterung 3000

Restaurant und Speisehaus
Glauchaer Stübchen
Glauchaer Straße 75
empfiehlt seinen
preiswerten Mittagstisch
03

Es wird Winter!

Ich empfehle zu meinen bekannten Bedingungen:

Auf Teilzahlung sofort zum Mitnehmen

Winter-Mäntel für Damen u. Herren

1029 in reicher Auswahl

Mantel- Kleider- Blusen- **Stoffe** — Anzüge, Hosen, Joppen — Leibwäsche für Damen u. Herren, Bettwäsche, Inletts

Neu aufgenommen:
Pelzwaren in jeder Ausführung u. Preislage

Karl Wenig, Merseburg, Hälterstr. 9

Trebnitz.
Sonnabend, den 11. Oktober, abds. 8 Uhr, „Gasthof z. Eiche"
Oeffentliche Volksversammlung
wozu die Arbeiterschaft freundl. eingeladen ist. Die Parteigenossen von Streckau-Luckenau sind besonders eingeladen. 1033
Referent ist zur Stelle.
KPD., Ortsgruppe Streckau.

Dram. Verein „Freie Volksbühne"
Merseburg
Sonntag, den 12. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Funkenburg"
1. Theaterabend
Zur Aufführung gelangt:
Der neue Hausherr
Lustspiel in zwei Akten
Vor und nach dem Theater:
Großer Ball
wozu herzlichst einladet 1027
Der Vorstand

Kaufe auf Kredit

Kleine Anzahlung

Herren-Anzüge	Damen-Winter-Mäntel
Cutaway-Anzüge	Kostüme
Kinder-Anzüge	Kleider
Manchester-Anzüge	Kostüm-Röcke
Herren-Winter-Ulster	Seiden-Jumper
Herren-Wint.-Raglan	Strickwesten
Herren-Hosen	Strickjaketts
Breeches	Kinder-Strickwesten

Gummi-Mäntel für Herren u. Damen

Paul Sommer
Halle a. d. S., Leipziger Straße 14
eine Treppe
2963

ZEITZ
Gut reell billig
1026

Anzüge	für Jünglinge und Herren	25,00	20,00	15.00
Anzüge	für Knaben und Burschen	19,00	14,00	8.00
Mäntel	für Jünglinge und Herren	36,00	28,00	18.00
Mäntel	für Knaben und Burschen	24,00	15,00	9.00
Stoff-Hosen				3.75
Starke Pilot-Hosen				5.00

Sonntag, den 12. Oktober von ½12—3 Uhr geöffnet

Immisch
Zeitz, Schützenstr. 2

Volks-Feuerbestattungs-Verein Halle
Ortsgruppe Weißenfels
Sonnabend, den 11. Okt., abds. 8 Uhr, im Vereinslokal „Pichelsteiner Krug":
Versammlung
Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Gäste willkommen.
1023 J. A.: Br. Klötzsch.

Weißenfels 1006
Jeden Freitag, Sonnabend, Sonntag
zur Erbse
Da is egal was los!

Nur eine Anzeige
im gelesensten Organ der werktätigen Bevölkerung und Sie sind unser ständiger Inserent!

Alle Sorten nur bester Schuhwaren
empfiehlt preiswert in
größter Auswahl
Zeitzer Schuhhaus
G. Burkhardt
Kramerstraße 5/6
Nagarbeit — Reparaturen
1025

Unter-Preis-Wochen-Angebot
Soweit Vorrat reicht — Mengenzuteilung vorbehalten

Handtücher

42 grau **Drellhandtuch**	Meter ℳ 0,50
48/100 grau **Drellhandtuch,** gef. und gebändert	Meter ℳ 0,70
48/100 weiß **Augendrell,** gef. und gebändert	Meter ℳ 0,80

Wischtücher

45/45 **rot lariert,** gef. und gebändert	Stück ℳ 0,30
50/50 **rot lariert,** gef. und gebändert	Stück ℳ 0,40
60/60 **rot und blau,** extra stark, gef. und gebändert	Stück ℳ 0,50
40 **Wischtücher** vom Stück	Meter ℳ 0,50

Staubtücher

30/35 **imitiert Leder**	Stück ℳ 0,20
34/35 **imitiert Leder**	Stück ℳ 0,25

Mode- und Ausstattungshaus 1080
Otto Dobkowitz, Merseburg, Entenplan 8

Junges feites Rindfleisch m. K., Pfd. 0,90 Mk
Junges feites Rindfleisch o. K., Pfd. 1,10 „
Junges feites Hammelfleisch Pfd. 1,00 „
Frisches Rindgehacktes, Pfd. 0,90 „
Fr. Blut- u. Lederwurst Pfd. 1,20 „
Ger. Wurst u. Mettwurst Pfd. 1,30 „
empfiehlt
Paul Kalb, Zeitz
1624 Neumarkt 13.

Achtung! Achtung!
Wir empfehlen, wegen günstigen Einkaufs, prima fettes, dickes 1985
Fleisch und Gehacktes
Ferner unsere prima
Wurstwaren
Täglich von 4 Uhr an: Warme Wurst
Rohschlächterei Gebr. Keßler
Weißenfels, Marienstr. 21, Tel. 614

Wir empfehlen: 1031
Prima gefrorenes Ochsenfleisch
Pfund 70 und 75 Pf.
Prima gefror. Schweinefleisch
Pfund 1.10 Mark
Gulaschfleisch Pfund 80 Pf.
Gehacktes Rindfleisch Pfd. 90 Pf.
dimgst **Wurstwaren** dimgst
Karl Wahl & Sohn
Zeitz, Wasservorstadt 12

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241010-12/fragment/page=0008

Der 6. Deutsche Städtetag

Vom 25. bis 28. September tagte in Hannover der 6. Deutsche Städtetag mit einer Teilnehmerzahl von rund 1500, davon etwa die Hälfte Delegierte der angeschlossenen Städte.

Der Deutsche Städtetag ist die Spitzenorganisation der über 10 000 Einwohner zählenden Städte. Diese angeschlossenen Städte umfassen eine Einwohnerzahl von über 25 Millionen. Außerdem sind die Landes- und Provinzialstädte angeschlossen. So könnten diese Tage auch ein Spiegelbild der deutschen Städte wiedergeben, wenn nicht der Oberbürgermeister der traditionelle Delegierte wäre. Da die Mehrzahl der Städte nur einen oder zwei Delegierte senden dürfen, überragt natürlich der lebenslängliche Beamtenimp.

Die bisherigen Städtetage, die alle drei Jahre stattfinden, davon deren letzter 1921 in Stuttgart, haben sich auch stets als beste staatsein Recht nach dem andern nahm.

Das Bild dieser philiströsen Städtetage ist in Hannover gründlich zerstört worden durch das Auftreten der kommunistischen Fraktion. Rund 60 kommunistische Vertreter gehen in einer Menge von über 700 unter. Aber allein die Tatsachen ihrer Anwesenheit, ihr geschicktes Eingreifen in die geschäftliche Leitung, ihr geschlossenes Auftreten drückte der Fraktionsarbeit aller anderen den Stempel auf. Selbst die über 200 Mitglieder zählende Organisation der Sozialdemokraten erwachte aus ihrem Schlafe. Der „Hann. Courier" hat schon recht, daß die Sozialdemokraten kaum auf die Festessen und Vierabende „freiwillig" verzichtet hätten, wenn nicht die grundsätzliche Ablehnung der Kommunisten vorgelegen hätte. Allein der „Fall Leinert" wäre für sie schwer ein Anlaß dazu gewesen. Die Nähe der preußischen Landtagswahlen, die „Erfolge" in Oberschlesien, das vielmehr sind — neben obigen — die tieferliegenden Gründe.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangten die Kommunisten die Besprechung einer Resolution an die Reichsregierung um so-**fortige Amnestie** der 10 000 politischen Gefangenen. Genosse Lang (Frankfurt) schilderte die Not derjenigen Gemeinden, die seit Jahren die Familienmitglieder der Gefangenen zu unterstützen haben. Die Tagung dokumentierte ihre vollständige Verständnislosigkeit für diese Frage, daß sie die Besprechung mit allen (also auch der Sozialdemokraten) gegen die Stimmen der Kommunisten ablehnte. Erster Punkt der Tagesordnung waren die Vorträge der Herren Külz (Dresden) und Mann (Erfurt) über: **„Die Wiederherstellung der Selbstverwaltung im Reich und in den Ländern."** Die Redner legten den „Extrakt" ihrer Vorträge in einem gedruckten Leitfaden vor, der eine treffliche Illustration zu der „Selbstverwaltung" in der Praxis darstellte, wie sie die Herren Oberbürgermeister auffassen. Es war dem Sprecher der Kommunisten, dem Genossen Dörr (Berlin) auch leicht, die ganze Heuchelei dieser Leitgedanken nachzuweisen. Ueberall wo Kommunisten in der Mehrheit oder in ausschlaggebenden Minderheiten vertreten sind, wird die Selbstverwaltung sabotiert. Gerade die sozialdemokratischen Minister haben, wie kein anderer, mit der Selbstverwaltung aufgeräumt. Die kommunistische Fraktion beantragte folgende Entschließung:

„Der Deutsche Städtetag fordert die Selbstverwaltung der Gemeinden, als Kampfmittel gegen eine reaktionäre Staatsgewalt, die mit den schändlichsten Methoden, mit Justiz und Polizei die Arbeiterschaft unterdrückt.

Die Selbstverwaltung der Städte, mit der Möglichkeit der Kommunalisierung kapitalistischer Betriebe, Enteignung von Haus- und Grundbesitz und anderer Vermögen, der Einsetzung von der Arbeiterschaft gewählter Gerichte und Einrichtung kommunaler Arbeitermilizen an Stelle der Staatspolizei, soll die Stadtverwaltungen zu Organen des proletarischen Klassenkampfes machen, um die Klassenherrschaft der Bourgeoisie zu zerbrechen."

Die einzelnen Fraktionen der Arbeitsgemeinschaft (Deutschnationale Volkspartei und Deutsche Volkspartei), Zentrum und Demokraten gaben nur kurze Erklärungen ab. Der Sprecher der Sozialdemokraten, der Stadtverordnete Reuter (Berlin), stimmte gleichfalls der Vorlandsresolution zu. Er bedauerte weiter den Abbau kommunaler Beamter in leitenden Stellen. Daß gerade die SPD. den Abbau der Wahlbeamten in Preußen erst vorenthalte, während sie heute heulmeiert über ihre Leinert, Scheidemann und ähnliche Konjunkturpolitiker, das verschwieg Herr Reuter geflissentlich.

Natürlich stimmten für die kommunistische Resolution nur die Antragsteller.

Am zweiten Verhandlungstage eröffneten die Kommunisten wieder den Reigen. Stadtverordneter Lieberasch (Leipzig) begründete einen Antrag an die Reichsregierung zur baldigen Unterstützung derjenigen Städte, die aus eigenem den bedauernswerten Opfern der Wirtschaftskrise nicht helfen können. Es heißt dann weiter:

Der Städtetag verlangt:

1. **Erhöhung der Unterstützungssätze um 100 Prozent.**
2. **Männer und Frauen werden grundsätzlich gleichgestellt.**
3. **Die Erwerbslosenunterstützung wird während der ganzen Dauer der Erwerbslosigkeit gezahlt.**
4. **Die Unterstützungssätze sind Mindestsätze und können von Ländern und Gemeinden erhöht werden.**
5. **Pflichtarbeit darf nicht verhängt werden.**

Der 6. Deutsche Städtetag erwartet von den Gemeinden ungeachtet der Verhandlungen mit der Reichsregierung, daß sie sofort nach diesen Grundsätzen die Unterstützung erhöhen und zur Auszahlung bringen.

Diese Resolution wurde in etwas abgeschwächter Form dem Vorstand „zur weiteren Veranlassung bei der Reichsregierung" überwiesen.

Inzwischen gab es bei der Ankunft des Oberpräsidenten Noske einen kleinen Zwischenfall. Aus den Reihen der Kommunisten flogen ihm dröhnend: „Bluthund", „Arbeitermörder" usw. zu. Bezeichnend ist, daß weder Noske das Wort ergriff, noch Scheidemann anwesend war. Der allgemeine Eindruck dieser Schamhaftigkeiten war, daß die SPD. als Partei erledigt ist.

Die Oberbürgermeister von Dresden und Nürnberg sprachen dann über **„Die Vereinheitlichung des deutschen Städtewesens".** Den Delegierten lag gedruckt der Entwurf eines Rahmengesetzes dazu vor. Es würde zu weit führen, darauf einzugehen, hätte auch in der jetzigen Situation, wo soeben Preußen sich eine neue Städteordnung gibt, wenig Wert. Die Kommunisten, die sich grundsätzlich auf den Boden der Vereinheitlichung stellten, betonten aber mit aller Deutlichkeit, daß die gegenwärtigen Machthaber, einschließlich der SPD., gar nicht daran denken, die Interessen der werktätigen Bevölkerung zu vertreten. Unter dem Schlagwort der Demokratie herrscht die brutale Diktatur des Kapitals und beherrscht Schule, Presse usw.

Genosse Dörr, der ebenfalls hierzu sprach, lehnte den ganzen Entwurf ab und verteidigte die Vorlage der KPD., die folgende Mindestforderung enthält:

Vereinheitlichung der Verfassung für Stadt und Land, gemeinsames Wirtschaftsmonopol für alle lebenswichtigen Betriebe, weitestgehende Kommunalisierung, Neugestaltung des Bodenrechts, Aufteilung der Mietwohnungen, Steuerfreiheit bis zum Existenzminimum, Staffelung der Gebühren usw.

Zum Schluß heißt es, daß die KPD. nicht erwartet, daß weder dieser Städtetag noch eine kapitalistische Regierung diese Forderungen erfüllen wird, sondern daß das Proletariat selbst seine Bedrücker beseitigen muß.

Da alle andern Fraktionen an der Vorlage etwas auszusetzen hatten, die Deutschnationale Volkspartei sowie das bayrische Zentrum grundsätzlich partikularistisch eingestellt waren, wurde der Vorstand beauftragt, die vorliegenden Anträge zu einer neuen Vorlage zu verarbeiten und der Reichsregierung einzureichen.

Beim dritten Punkt der Tagesordnung, Statutenänderung, kam noch einmal die ganze Kommunistenangst zum Ausdruck. Die KPD. beantragte, den Vorstand nach dem Verhältnis der abgegebenen Reichstagswahlstimmen zusammenzusetzen. Natürlich wurde der Antrag abgelehnt. So sieht die „Demokratie" der deutschen Oberbürgermeister aus.

Die Arbeiterschaft hat von den Städtetagen nichts zu erwarten. Gut ist, wenn ihre Vertrauensmänner sich daran beteiligen, um sichtbar zu machen, wie Wort und Tat der herrschenden Klasse zwei diametrale Gegensätze sind. Kg.

Gewerkschaftsbewegung

Kommunistische Fabrikarbeiter in Wittenberg!

Heute, Freitag, den 10. Oktober, abends 7 Uhr, findet im „Schützenhaus", Klein-Wittenberg, Fraktionssitzung aller im Fabrikarbeiterverband organisierten Kommunisten statt. Jedem Genossen, der im Fabrikarbeiterverband organisiert ist, wird es zur Pflicht gemacht, in dieser Sitzung pünktlich zu erscheinen. Parteibuch legitimiert!

Achtung, Metallarbeiterfraktionen!

Am 12. September wurde den Bezirksleitungen das Rundschreiben Nr. 14 zur Weiterleitung an die örtlichen Fraktionen zugesandt. Zu diesem Rundschreiben wurde von den Fraktionen verlangt, sofort zum Wiener Kongreß und seinen Beschlüssen Stellung zu nehmen. Ferner wurde verlangt, zum Sachverständigengutachten, Kampf um den Achtstundentag, für die Aufnahme der Ausgeschlossenen und Wiedergewinnung der ausgetretenen Metallarbeiter alle Kräfte zu mobilisieren. Einzelne Fraktionen teilen uns jetzt mit, daß sie dieses Rundschreiben nicht erhalten haben. Wir fordern deshalb alle Fraktionen, die noch nicht im Besitz des Rundschreibens Nr. 14 sind, auf, der Zentrale, Abteilung Gewerkschaften, hiervon schriftlich Mitteilung zu machen.

Zentrale der KPD. Abt. Gewerkschaften, Gruppe Metall.

Die Gothaer Forderungen

1. Kampf gegen jeden Lohnabbau. Zugleich Kampf um eine sofortige 40prozentige Erhöhung des Lohnes. Darüber hinaus Kampf um den Friedensreallohn, gleiche Löhne der Arbeiter und Arbeiterinnen.
2. Kampf gegen jede neue Arbeitszeitverlängerung. Nach acht Stunden verlaßt den Betrieb. Zugleich Kampf um die Wiedereroberung des Achtstundenlages, wo er trotz aller Washingtoner Abkommen usw. von Unternehmerschaft und Regierung beseitigt wird.
3. Kampf gegen jede neue Entlassung von Arbeitern und Angestellten, wie gegen jeden neuen Abbau von Beamten. Darüber hinaus Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß. Wiedereinstellung der abgebauten Beamten. Abschaffung jeder Zwangsarbeit der Erwerbslosen. Erhöhung der Unterstützungssätze für Erwerbslose, Kriegsopfer, Sozial- und Altersrentner auf das Existenzminimum.
4. Erbitterter Kampf gegen jede neue steuerliche Belastung der Arbeiterschaft. Zugleich Kampf für die Aufhebung der augenblicklich bestehenden steuerlichen Belastung der Arbeiterschaft. Weg mit dem zehnprozentigen Steuerabzug vom Lohn! Weg mit der Mietsteuer! Befreiung der Konsumgenossenschaften von jeder steuerlichen Belastung!
5. Befreiung der schaffenden Landwirte (Kleinbauern) von jeder Pacht. Jedem Kleinbauern soviel Land, wie er mit seiner Familie bewirtschaften kann. Völliger Steuererlaß für die Kleinbauern. Gewährung billiger Futter- und Düngemittel, billigen Saatgutes und langfristiger, zinsloser Kredite, unter Kontrolle der Kleinbauern selbst. Befreiung der kleinbäuerlichen Genossenschaften von jeder Besteuerung.
6. Sicherstellung der Ernährung der Industriebevölkerung durch Beschlagnahme der Ernte bei den Großgrundbesitzern, insbesondere des Kreisgetreides u. der Kartoffeln, mit Hilfe der Landarbeiter- und Kleinbauernvertreter, durch die Konsumvereine mit Unterstützung der Gewerkschaften.
7. Kampf gegen jeden Versuch, das deutsche Proletariat in einen imperialistischen Krieg zu stürzen. Insbesondere Hände weg von Sowjet-Rußland.
8. Kampf um die Befreiung der politischen Gefangenen! Kampf dem Terror der Weißen Justiz! Weg mit dem Staatsgerichtshof!
9. Kampf für die Aufhebung des Ausnahmezustandes!
10. Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit zum Kampfe für diese Forderungen im nationalen wie internationalen Maßstabe.

Arbeiter-Sport

An alle kommunistischen Sportler des Bezirks Halle-Merseburg!

Am Sonntag, dem 12. Oktober, vormittags 9 Uhr, findet in Halle („Produktiv-Genossenschaft") eine wichtige

Bezirkskonferenz

statt. Alle kommunistischen Sport- und Gesangvereine müssen einen Delegierten entsenden. Die Delegationskosten tragen die delegierenden Vereine selbst.

Genossen, Sportler! Die Konferenz ist für die Sportbewegung in unserem Bezirk von großer Bedeutung. Darum ist jeder Verein verpflichtet, einen Delegierten zu entsenden. Mitgliedsbuch der Partei legitimiert.

Bezirksleitung der KPD., Abtlg. Sport.

Die „Liebe" der Luzerner zu Rußland

Bekanntlich hat sich die Führerschaft der Luzerner Sportinternationale politisch dadurch verraten, daß sie „vergaß", die russische Sportbewegung zur Neugründungskonferenz der LSI. nach Luzern einzuladen. Damit war nämlich festgestellt, daß Luzern nach den Absichtungen der 2. Internationale handelte. Diese allzu offene Kompromittierung vor den Massen des Arbeitersports sollte eine Abschwächung erfahren durch die in letzter Zeit oft gebrauchte Redensart: „Die Russen wollen wir schon deshalb einladen, um uns den politischen Vorwurf abzuwägen, nur die anderen zur RSI. Gehörenden nicht." Damit wollte die Bureaukratie den Anhängern der RSI. das Argument nehmen: wir lassen uns nicht von den russischen Brüdern trennen.

Daß es sich bei dem Verhalten der Führer nur um ein Scheinmanöver gehandelt hat, beweist uns jetzt die Tatsache, daß der **Bundesvorstand abgelehnt hat, seine Zustimmung zur Fahrt der Leichtathleten und Fußballer nach Rußland zu geben.**

Wir sehen also auch hierbei wieder, welchen Fehler die Mitglieder machen, wenn sie zu den Tagungen ihres Bundes so wenig Wert auf die Auswahl ihrer Vertreter legen. Offenbar glaubt nämlich der Bundesvorstand, nach der Mehrheit in Kassel sich alles erlauben zu können, und wagt es sogar seine uns schon längst als vorhanden erkannte antibolschewistische Einstellung zu bekunden.

Es ist an der Zeit, daß sich die Mitgliedschaft gegen ihre auf Befehl von London arbeitenden „Führer" zur Wehr setzt und nicht erst wartet, bis zur lügnerischen Liebe zu Rußland noch mehr als bisher die lügnerische Liebe der Sportführer zur Arbeiterklasse zuläge tritt.

---

2. Kreis, 6. Bezirk. Sonntag, den 12. Oktober, finden folgende Serienspiele statt: ¼4 Uhr: Minerva 1.—Teutonia 1. (Köln, Sportlust); ¼4 Uhr: Askania 1. gegen Fortuna 1. (Schnittke, Viktoria); ¼4 Uhr: Gleichschenkein 1.— Grubers 1. (Krug, Reidburg); ¼4 Uhr: Fichte 1.—Wörmlitz 1. (Kiesling, Viktoria); ¼4 Uhr: Brudderl 1.—Trotha 1. (Zimmermann, Zörbig); ¼4 Uhr: Lettin 1. gegen Eisleben 1. (Heinicke, Teutonia); 3 Uhr: Radewell 1.—WSC. 1. (Friedrich, Gleichschenkein); ½2 Uhr: Minerva 2.—Teutonia 2. (Gneist, Teiche); ½2 Uhr: Askania 2.—Fortuna 2. (Fichte, Halle); ½2 Uhr: Gleichschenkein 2.—Grubers 2. (Willrandt); ¼4 Uhr: Reideburg 1.—Zörbig 2. (WSV. Lettin); ½2 Uhr: Fichte 2. gegen Wörmlitz 2. (WSC. Halle); ½2 Uhr: Brudderl 2.—Trotha 2. (Krollwitz); ½2 Uhr: Bis. Lettin 2.—Teiche 1. (Askania); ¼4 Uhr: Brandstedt 1.—Sprottau 1. (Dürrenberg); ½2 Uhr: Dürrenberg 2.—Krollwitz 2. (Askania); 2 Uhr: Viktoria 2.—Radewell 2. (Minerva); 3 Uhr: Hertha-Lettin 1.—Reideburg 2. (Krollwitz); ¼11 Uhr: Dürrenberg Jugend—Viktoria Jugend (Grubers); 10 Uhr: Radewell Jugend—Askania Jugend (Reideburg); ¼11 Uhr: Gleichschenkein Jugend gegen Germania Jugend (WSC. Halle); ¼11 Uhr: Minerva Jugend—Teutonia Jugend (Zintzie, Halle). Gesellschaftsspiel in Dürrenberg: Dürrenberg 1. gegen Krollwitz 1. um 3 Uhr (Grau, Minerva). Morgen, den 13. Oktober, abends 8 Uhr, im „Volksgarten" Kassierabendlung Minerva 1. gegen Gleichschenkein 1.; Spiel vom 5. Oktober. Dazu werden geladen: Spielführer von Minerva und Gleichschenkein, Schiedsrichter Stengel-Krollwitz; Protestkommission: Hartleb-Zörbig, Schaffer-Krollwitz, Krug-Reideburg, Herwig-Wörmlitz, Kuten-Sportlust. Ferner werden gruben am 19. Oktober um ½8 Uhr im „Volksgarten": Schafer-Krollwitz, Weißes-Teutonia, Spielführer von Teutonia und Fortuna.

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe, Handball. Serienspiele für Sonntag, den 12. Oktober: 1. Gruppe in Nietleben 10 Uhr: Nietleben 1.—Dölau 1. (W. Krauter, Richter-Halle). In Lettin-Dorf: Passendorf 1.—Rieth-Halle 2. ½2 Uhr (W. Pech, Wörmlitz); Lettin 1. und 2. spielfrei. 2. Gruppe in Wörmlitz: Wörmlitz 1. gegen Moler 1. um ¼4 Uhr (R. Alsig, Fichte-Halle). In Ammendorf 3 Uhr: Ammendorf 1. und 2. desselben Vereins (Willy Grube); Schwimmer spielfrei. Alle Mannschaften haben den Serienspielen zurückzusagen. Die Spielformulare sind bis spätestens Dienstag, den 14. Oktober, an Sportgenossen G. Haberland, Nietleben, Kröllwitzer Straße 5 pt., einzusenden. Bei Mannschaften, welche die Pflicht nicht in Ordnung haben, ist dieses auf der Rückseite des Formulars vom Schiedsrichter zu vermerken. Resultate vom Sonntag, den 5. Oktober: Ammendorf 1. gegen Wörmlitz 1. (Freundschaftsspiel) 5:3 (1:2). Ammendorf 2.—Moler 1. 0:3 (0:1); Nietleben 1.—Fichte Halle 1. 0:10; Passendorf 1.—Fichte 2. 0:3 (0:1); Dölau 1.—Fichte 3. 2:2. Jugendspiele beginnen Sonntag, 10. Oktober.

Fichte 1. Halle—Nietleben 1. (Handball) 10:0 (5:0). Am Sonntag fanden im 1. Serienspiel ohne Mannschaften; Nietleben mit Erlaß, Fichte mit voller Mannschaft. Die Anwesenheit der Nietlebener brachte die hohe Niederlage. Es wäre zu wünschen, wenn Nietleben auf dem Platze zu bemühen. Fichte 2.—Passendorf 1. 3:0 (0:1). Bei vollen Mannschaften wurde ein anständiges Spiel vorgeführt. Fichtes Sieg stand nie außer Frage. Fichte 3.—Dölau 1. 2:2. Hier mußte Fichte mit Erlaß antreten. Fichte 1. Jugend—Passendorf 1. Jugend 1:0. Im Anschluß wurde dieses Spiel beendet und kurz vor Schluß mußte Fichtes Torwart einen 13-Meter-Ball passieren lassen. — Sonntag, 12. Oktober, fährt die 1. und 2. Mannschaft nach Leipzig, um gegen Gohlis Freundschaftsspiele auszutragen. Die Abfahrtszeit kann am Freitag vor der Turnhalle im „Volkspark" bestimmen. Alle Spielformulare Mannschaften müssen dazu erscheinen.

HGG. Teutonia 68 trug am vergangenen Sonntag gegen Dölau sein fälliges Serienspiel aus. Das Spiel war ziemlich scharf und artete bei dem Stande von 1:0 für Teutonia aus, die 20 Minuten vor Schluß Dölau zu Ausgleich 1:1 kam. Nun vor Schluß kommt es zu allseitigem Tatsachenfassen, an welchem das hitzige Temperament der Dölauer die Schuld trägt. Der Schiedsrichter war miserabel. Er ließ das Spiel gleich zu Anfang aus der Hand. Diesem Schiedsrichter möchten wir empfehlen, solche Spiele nicht anzunehmen, wenn er nicht fähig dazu ist. Der 2. Mannschaft mußte ihr Dölau 2. mit 1:0 besiegen. — Nächsten Sonntag spielt die 1. und 2. Mannschaft gegen Minerva auf dem Stadion. Treffpunkt der 1. Mannschaft ¼5 Uhr, der 2. ½4 Uhr bei Metzrich, Wölbziger Weg 30.

HGG. Sportlust 07. Resultate: 1.—Eisleben 1. 2:1; 2.—Teiche 1. 0:4; Sonntag spielt 2. 07 um 3 Uhr in Brauchstedt: Döpfner, Koch, Wiedsdorf, Sänger, Peiter, Rehnert, Steinborn, Naumann, Heinicke 1 und 2, Sonneberg 1. Ersatz: Sonneberg 2 und Wolf. Treffpunkt 12 Uhr bei Thomas.

Keglervereinigung „Volkspark", Halle. Spiele vom Sonntag, dem 5. Oktober: Kombinierte Mannschaft Halle 2006 Holz, Teiche 2850 Holz, 42 Holz für Teiche. Bester Kegler: Halle Willy Schütter mit 1040 Holz, bester von Teiche Andreas mit 1074 Holz bei 200 Kugeln. Der Bahnrekord von 551 Holz ist überholt worden von dem Kegelbruder Brauer (Teiche) mit 572 Holz bei 100 Kugeln. Halle 3. Mannschaft 1750 Holz, Unter-Leutzschenthal 4150 Holz, 17 Holz für Halle 3. Mannschaft. Bester Kegler der 3. Mannschaft war Leopold Luge mit 472 Holz und von Unter-Leutzschenthal Walther mit 483 Holz bei 100 Kugeln. Unter-Lina 2. gegen Dölau 2. Unter-Lina 2. 3060 Holz, Dölau 2. 3776 Holz, 216 Holz für Dölau. Bester Kegler von Unter-Lina R. Riemann mit 467 Holz und bester Kegler von Dölau Cohn mit 521 Holz bei 100 Kugeln. Spiele am Sonntag, dem 12. Oktober: 2. Mannschaft gegen Ober-Leutzschenthal in Ober-Leutzschenthal. Abfahrt 6½ Uhr; Treffpunkt 6 Uhr Hauptbahnhof. 3. Mannschaft Halle gegen Dölau in Dölau; Treffpunkt 6½ Uhr Radeapplatz. 3. Mannschaft gegen Fröhlenberg in Halle von 1 bis 6 Uhr nachmittags; 6. Mannschaft gegen Wettin in Halle von 8 bis 1 Uhr. Sonntag, den 12. Oktober, früh 10 Uhr, Vorstandssitzung. Pünktliches Erscheinen ist erwünscht.

Sportvereine Kröllwitz. Sonntag, den 12. Oktober, finden folgende Spiele statt: Die 1. Mannschaft fährt nach Dürrenberg; Abfahrt 12.30 Radeplatz. Die Mannschaft spielt: Kegler, Mutterlose, Otto Menze, Karl Menze, W. Heß, Hunsel, Breckkam, W. Brömme, Müller, Wahl, Henne, W. Sauer. Die 2. Mannschaft empfängt auf eigenem Platz FSV. 2. im fälligen Serienspiel. Die Mannschaft spielt: Weber, Leiter, W. Schmidt, Loel, O. Heß, Sabetzke, H. Brömme, Gebhardt, Schmidt, Huber, Kaiser. Treffpunkt der 2. Mannschaft 1 Uhr im Vereinslokal. Sportgenosse Kämpfer übernimmt das Serienspiel Heide-Lettin 1.—Reideburg 2. um 3 Uhr. Als Linienrichter für die 2. Mannschaft haben die Sportgenossen Fr. Raiß und Conrad zu erscheinen.

Bezirk für Bewegungsspiele Halle-Trotha. Spiele am Sonntag, dem 12. Oktober: BVB. Trotha 1.—gegen Brudderl 1. in Brudderl um 3 Uhr; BVB. Trotha 2. gegen Brudderl 2. in Brudderl um ½2 Uhr; BVB. Trotha Jugend gegen Viktoria Jugend Leipzig-Plaw um 9 Uhr.

Wassersportverein Ammendorf 1923. Am Sonntag, dem 5. Oktober, veranstaltete der Wassersportverein Ammendorf 1923 sein diesjähriges Abpaddeln. Der Verein hatte sich viel Mühe gegeben, um für den freien Wassersport Propaganda zu machen. Die Lumpiauskahl sowie das prachtvolle Feuerwerk hatte wenigstens 1000 Zuschauer an das Ufer der Elster gelockt. Der Verein, welcher jetzt ein Jahr besteht, kann sich anscheinend noch nicht an die Beständigkeit des Arbeiter-Turn- und Sportbundes gewöhnen, denn sonst hätte es nicht passieren können, daß der Sieger im Vereins-Mettlaufen an der Spitze der Propagandafahrt mit einem großen Sicherheitsnagel fuhr. Im allgemeinen verlief das Fest sehr gut und hat manchen Fernstehenden unserer Arbeiter-Sportbewegung einen Schritt näher gebracht.

Union, Weißenfels. Unsere 1. Mannschaft verlor in Jena gegen Wacker mit sein Mann, und da ein Sportgenosse wegen schwerer Verletzung in der 5. Minute ausscheiden mußte, blieben nur noch neun Mann, 1:6. Die 2. spielte gegen Hanstedt 1:1, während die 3. die 1. Mannschaft Hamburg 6:1 schlug. Die 1. Jugend gewann gegen die gleiche von BVZ. 1888 Hamburg 1:6. Union 2. Jugend gegen Langenbogen 2. Jugend 3:1 für Union. Die Damen-Handballmannschaft verlor in Leipzig gegen Leipzig-Kreuzschule 1:0 durch 10-Meterwurf. Sonntag Betzungen im „Fellenkeller" Burgwerben.

Turnerbund Zeitz. Ballball. Sonnabend, den 4. Oktober, Turnerbund 2. gegen Freie Turner Zeitz 2. 1:3. Sonntag, den 5. Oktober, Turnerbund gegen Leipzig-Schleußig. Schleußig, spielt mit vollen Mannschaften und mit Trennstäben, ebenso wie wir, infoledessen schon früh 9 Uhr der Spielbetrieb ein. Es spielte Turnerbund 1. gegen Kleinpösnaer 1., wo ich Turnerbund nach flottem Spiel mit 2:1 behaupten konnte. Die Resultate der anderen Mannschaften sind folgende: Turnerbund 2. gegen Leipzig-Schleußig 2. 2:2; Turnerbund 2.—Leipzig-Schleußig 3. 6:6; Turnerbund 1. Jugend—Leipzig-Schleußig 1. Jugend 0:4; Turnerbund 2. Jugend gegen Leipzig-Schleußig 2. Jugend 0:1. Turnerbund 1. gegen Leipzig-Schleußig 1. 1:4; Turnerbund 1. Turnerinnen gegen Kleinpösnaer 1. Turnerinnen 1:3. Bei diesem Spiel der Turnerinnen ist zu bemerken, daß Kleinpösnaer in Magdeburg beim Ausscheidungsspielen zur Bundesmeisterschaft gegen Dresden-Friedrichstadt, welcher Bundesmeister ist, mit 2:0 unterlag. Für Turnerbund, der mit neun Mann spielte, wenn man noch zwei Ersatzleute waren, ist dies Resultat ehrenvoll.

Arbeiter-Turn- und Sportvereinigung e. V. Jahn, Eisleben. Sonntag, 12. Oktober, abends 8 Uhr, wichtige Mitgliederversammlung im „Volksbaus". Erscheinen aller ist Pflicht. — Eine Stunde vorher Vorstandssitzung.

Arbeiter-Wandervogel „Naturfreunde", Ortsgruppe Sangerhausen. Sonntag, 12. Oktober, Tagesfahrt; Mittwoch, 15. Oktober, Probe zur Revolutionsfeier; Sonntag, 19. Oktober, Ausflug 1 Uhr an Mansfeldsee-Leitz. Mittwoch, 22. Oktober, Nottragsabend; Sonntag, 26. Oktober, Schnitzeljagd. Treffen am Hüttenplatz; Mittwoch, 29. Oktober, Probe zur Revolutionsfeier. Sämtliche Abendveranstaltungen finden im „Herzenkrug" statt. Die Abfahrtszeit hat ihre Veranstaltungen jeden Sonnabend.

Arbeiter-Mandolinenbund, Bezirk Anhalt. Sonnabend, den 11., und Sonntag, den 12. Oktober, **erstes Bezirksfest in Zilleleris-Kleinmittenberg.** Mitwirkung verschiedener Gesang- und Sportvereine. Sonnabend Begrüßungsabend. Hierzu ergeht **allseitige Einladung.**

Verantwortlich: Marianne Gundermann, Halle, für den redaktionellen Teil; Für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241010-12/fragment/page=0009

Mit frischer Kraft

nach fertiggestelltem Umbau

beginnen wir die neue Saison

mit einer Auswahl, die Ihnen Freude bereitet, wie Sie es nicht anders von uns gewöhnt sind;

mit einem Preisangebot,

welches Ihnen ermöglicht, Ihren Herbst- und Winterbedarf nach Ihrem Geschmack zu decken. 1032

Besichtigen Sie meine hochinteressanten Auslagen in 7 Schaufenstern und 10 Schaukästen.

Beachten Sie dabei die Sonderangebote

Adolf Krause, das große und leistungsfähige Unternehmen für Herren- und Knabenbekleidung

Weißenfels, Markt, Ecke Jüdenstr. u. Kl. Kalandstr.

Werbt für den „Klassenkampf"

Symbol der Reinheit!

Wir haben unseren guten Grund gehabt, auf jedem Paket den „Schwan", das Symbol der Reinheit, abzubilden, weil „Schwan im Blauband" das Reinste und Hygienischste auf diesem Gebiet darstellt.

Wenn Sie sich selbst davon überzeugen wollen, dass wir dieses erreicht haben, so kaufen Sie ein Paket der Feinkostmargarine „Schwan im Blauband". Sie werden erstaunt sein über die Fülle ihrer guten Eigenschaften.

Preis 50 Pf. das Halbpfund in der bekannten Packung.

Schwan im Blauband frisch gekirnt

*723

Linoleum

Linoleum-Läufer per Meter von 3.— Mk an

Linoleum-Teppiche mit Kante per Stück v. 17,50 Mk an

Linoleum v. Stück zum Auslegen von Zimmern per Meter von 4.— Mk. an

Linoleum-Reste billigst 298

Tischlinoleum

Hugo Nehab

Nachf.

Gr. Ulrichstraße 3, Marktnähe

Auf meine Firma u. Hausnummer bitte genau zu achten

Empfehle diese Woche:

Ia. Rindfleisch zum Kochen Pfd.	1,10
zum Braten Pfd.	1,20
Ia. Schweinefleisch (Schinken) Pfd.	1,40
Kamm u. Kotelett Pfd.	1,50
Ia. Kalbfleisch Pfd. 1,20 u.	1,30

*724 **Willy Große** Große Steinstraße 67

Todesurteil bringt: **Riesolda Läusen, Wanzen** Flöhen, sofort bei Mensch und Tier Verkauf: **Schurig,** Steinweg 10 [305

Besonders billig!

Feinste goldgelbe 2998

Fettbücklinge

1 Pfund **40** Pfennig

5-Pfund-Kiste 1,55

Karl Pfeiffer

Neumarktfischhalle

Geiststr. 33 Telephon 6658

Zu Schleuderpreisen

können Sie achtTage bei uns kaufen:

Kostüm-Röcke, gut. Stoff 3,95	2,65
Blu en, alle Weiten 3,00 2.80	2,00
Cheviot-Kleider 8,50	6,00
Kinder-Kleider, gestickt, v	1,75 an
Gr. Wirtschaftsschürzen	2,25
Männer-Barchenthemden	2,50
Sickereihemden	1,45
Oberhemden m Kragen 4,95	4,25
Moderne Kind- u. Sportmützen	
reine Wolle	7,50
Strickjacken	5,50

Schlafdecken, Unterröcke, Bettwäsche, Herren-Anzüge, Hosen, Breecheshosen, beste Schneiderarbeit, zu **Spottpreisen** [2999

L. Trabert,

Kleine Ulrichstraße 5

Auf Wunsch Zahlungserleichterung

Modezeitungen empfehlen die Volksbuchhandlung

Teilzahlung kleine Raten

billige Kochtöpfe und Eisenträger, Geschenkartikel, Schokolade u. Sets

Schiele, Kapellengasse 3 [306

Postkarte genügt, auch nach außerhalb

Auf *725

Kredit!

Damen-Konfektion

Bett- u. Leibwäsche

nur im

Wäsche- und Konfektions-Vertrieb

Gr. Ulrichstr. 4. 1. Et.

Zeitungsträger

für **Holleben** sofort gesucht. Zu melden im Verlag Klassenkampf

Zeitungsträger

für **Köglitz** sofort gesucht. Zu melden bei **Otto Fritzsche.**

Empfehle für diese Woche:

Prima feiste Hasen, zarte Mittelhasen, Rotwild u. Rehwild,

seines sauberes Mastgeflügel

E. Riemer, Halle a. S.

Wörmlitzer Straße 101 und Wochenmarkt

2994 — Telephon 3484 —

Haustrauen! kauft nur bei unseren Inserenten!

Achtung! Fleisch-Offerte

Prima Rindfleisch z. Kochen Pfd.	90 Pf.
Prima „ z. Braten Pfd.	Mk. 1,20
Prima Schweinefleisch Pfd.	Mk. 1,40
Prima Hammelfleisch Pfd.	Mk. 1,20

ff. Wurstwaren

Ed. Heßler Kleine Klausstr. 2

Für Herbst und Winter

empfehle in größter Auswahl und zu billigsten Preisen 1028

Herren-Winter-Ulster solide Qualität, 2reih. Form, Rücken mit Gurt und Raglanform Mk 35,— 39,— 44,— 50,— bis 108,—

Herren-Winter-Paletots schw. Eskimo, 1- und 2reih., mit Samtkragen, auf Winterjerge Mk. 55,— 68,— 72,— 95,—

Loden-Mäntel Ia. Strichloden, hochgeschl. und offene Form Mk. 30,— 38,— 40,—

Gummi-Mäntel aus Köperstoffen, Covercoat-Stoffbezug Mk. 20,— bis 49,—

Winter-Joppen mit und ohne Falte, warm gefüttert Mk. 18,— bis 37,—

Manchester-Anzüge auf Futter, m. lang. oder Breecheshose Mk. 43 — bis 50,—

Herren-Anzüge aus guten tragfähigen Stoffen, 1- und 2reihig Mk. 30,— 34,— bis 75,—

Breeches-Hosen, gestr. Hosen, Buckskin-Hosen in großen Sortimenten Mk. 4,50 bis 25,—

Oskar Zimmermann

Merseburg, Gotthardtstr. 25

„Union" Weißenfels.

Zu unserm, Sonntag, dem 12. Oktober 1924, im „Felsenkeller" Burgwerben stattfindenden

Herbstvergnügen

erlauben wir uns, Freunde u. Gönner herzlichst einzuladen.

Der Vorstand.

Anfang 4 Uhr

Musik des städtischen Orchesters [1021

Prima Fleisch- und Wurstwaren

984 empfiehlt

Hugo Hoffmann

Roßschlächterei, **Weißenfels,** Fischgasse 1

Drucksachen

aller Art liefert geschmackvoll und preiswert die Produktiv-Genossenschaft, Merseburgerstraße 14 Fernruf 1045, 1047, 2251. Verlangen Sie Preis-Offerten oder den Besuch unserer Vertreter

Lichtspiel-Theater Wittenberg. 288

Das gewaltige Programm für Freitag bis Montag:

Fatty als Polizist

ersticke Groteske in 3 Akten mit „Fatty"

Westbound Limited

sehr spann. amerik. Drama in 7 Akten

Eine Fahrt auf Leben und Tod.

Anfang 6 Uhr Sonntags 4 Uhr

Sportverein „Eintracht" Wittenberg 298

Sonnabend, den 11. Oktober, bei Wilh. Freudenberg, Kurfürstenstr. 15

Herbst-Vergnügen

Freunde und Gönner sind herzlichst eingeladen. **Der Vorstand**

Bekanntmachung

Personenstandsaufnahme zum Zwecke der Steuerveranlung für das Jahr 1924

Den Hausbesitzern usw. werden in den nächsten Tagen Formulare zu den Wohnungs- und Betriebslisten, sowie Bescheinigungen über die vollständige Abgabe der Formulare zugehen. Die Formulare sind sofort nach Empfang an die im Hause befindlichen Wohnungsinhaber zu verteilen und dieselben aufzufordern, die Formulare auszufüllen und bis spätestens 13. Oktober an den Hausbesitzer usw. zurückzugeben. Dieser hat die Listen für sämtliche Haushaltungen auf ihre Vollständigkeit hin zu prüfen und vom 15. Oktober an zum Zwecke der Abholung seitens der Gemeindebeamten bereitzuhalten.

Es wird noch besonders vermerkt:

Zu Muster 1 (Wohnungsliste): Von jedem Haushaltungsvorstand und von jedem Inhaber einer selbständigen Wohnung ist eine **besondere** Wohnungsliste auszufüllen. Wenn infolge der Wohnungsnot in einer Wohnung mehrere Familien untergebracht sind, so gilt jeder Familienstand als Haushaltungsvorstand und hat eine besondere Wohnungsliste auszufüllen. Auch verheiratete, bei den Eltern wohnhafte Kinder, sowie Untermieter, haben eine besondere Wohnungsliste auszufüllen, soweit sie einen von dem der Eltern getrennten eigenen Haushalt führen.

Zu Muster 1a: Entsprechend der in jedem Hause befindlichen Zahl von Gewerbebetrieben, Arbeitsstätten, Bureaus, Behörden usw. ist ferner eine Anzahl von Vordrucken der Betriebsliste den Hausbesitzern auszuhändigen.

Die Betriebsliste ist erstens von allen im Hause **wohnenden** Angehörigen freier Berufe, z. B. Aerzten, Rechtsanwälten, Architekten, Ingenieuren, Schriftstellern usw., zweitens von jedem Inhaber oder Vorsteher einer im Hause befindlichen Betriebsstätte, eines Geschäftslokals, Bureaus, einer Behörde, einer Genossenschaft, Gesellschaft usw., auch wenn er im Hause keine Wohnung inne hat (hierzu rechnen auch die Kleingewerbetreibenden, z. B. Schneider, Schuhmacher usw., sowie die Dentisten, Rechtskonsulenten, Büchersrisoren) nach dem Stande am 10. Oktober 1924 aufzustellen und spätestens bis zum 12. Oktober 1924 dem Hauswirt (Hausverwalter oder Hausmann) des Grundstücks nach unterschriftlicher Vollziehung zurückzugeben.

In Spalte 6 der Wohnungsliste ist das Religionsbekenntnis evtl. der Kirchenaustritt genau anzugeben, damit vermieden wird, daß unrechtmäßige Veranlagungen zur Kirchensteuer erfolgen.

Im übrigen sind auch die den Haushalten betreffend, Formulare über Staatsangehörigkeit usw. genauestens auszufüllen und mit den Wohnungslisten abzugeben

Pistritz, den 8. Oktober 1924.

Der Gemeindevorsteher

Kunz. 289

Volkspark

Morgen, Sonnabend, in den unteren festlich dekorierten Räumen: 2991

Groß. Oktoberfest

ausgeführt von der Muggeln-Bauernkapelle

Eintritt frei! Eintritt frei!

T.- u. Sp.-V. Fichte Halle

Zu seinem am Sonntag, dem 12. Okt., nachmittags 4 Uhr, im „Volkspark" stattfindenden

Herbst-Vergnügen

ladet herzlichst ein 2987

Turn- und Sportverein Fichte

Sill-Volkspark

Sonnabend und Sonntag abends 8 Uhr: [2992

Neues Programm

Morgen, Sonnabend, nach der Vorstellung **Jazzband-Kapelle**

TANZ!

Knoth's Rest.

Böhmerger Weg 10

Morgen Sonnabend, den 11. Oktober, **gr. Schlachtefest**

Von 10 Uhr an **Wellfleisch.** Es laden ergeb. ein [2993] **H. Knoth u. Frau**

Sonnabend, den 11. Oktober 1924

Großes [2985

Schlachtefest

Restaurant „Hettstedter Bahnhof"

Inhaber Franz Reichert, Mansfelder Straße 43

Fohlenfleisch

ganz dickfettes Roßfleisch vorzügl. Wurstwaren rohen und ausgelassenen Schmeer

(Ersatz für Tafelbutter)

Im Restaurant:

Große Portionen u. Freyberg-Biere

empfiehlt 2986

Max Zaubitzer

Steinweg 52

Vereinszimmer mit Klavier noch einige Tage frei

Deutsch. Arbeit.-Mandolinisten-Bund

Bezirk Anhalt [287

Piesteritz-Kleinwittenberg

Sonnabend, den 11., und Sonntag, den 12. d. M.

1. Bezirksfest

„im Elbhasen"

Anfang Sonnab. 8 Uhr, Sonntag 4 Uhr.

Das Festkomitee.

Die Schulreaktion

bedroht Jugend und Zukunft des Proletariats. Offen: durch Hakenkreuzlehrer, Wonnegans-Gesang, Generalverherrlichung, Kaisergedichten. Versteckt, hinten herum, durch

Lehrerabbau, Klassenschließung, Leistungsminderung,

„Reform" der höheren Schulen und anderen Schwindel. Dagegen muß angekämpft werden. Systematisch, konzentrisch. „DAS WORT" erscheint *Sonnabend, den 11. Oktober,* mit vielen Originalbeiträgen von Schulfachleuten und Schulpolitikern, als

Sonder-Nummer

„Der Kampf um Jugend u. Zukunft"

Wir bitten unsere Leser und Freunde, die Interessenten, namentlich in Lehrer-, Eltern- und Elternbeiratskreisen, auf diese *„Sonder-Ausgabe"* hinzuweisen. Sie ist bei den Austrägern und den Händlern zu haben.

Die unseren Lesern und Freunden für diesen Winter in Aussicht gestellte

Reihe wissenschaftlicher Vorträge

wird *Freitag, den 24. Oktober,* beginnen. Im großen Volksparksaal spricht Herr *Dr. Archenhold,* Direktor der Treptower Sternwarte, unter Vorführung von neuesten Filmen und Lichtbildern über das hochaktuelle Thema: *„Unser Wissen vom Mars".* Die Eintrittskarten dafür werden demnächst zu haben sein.

Verlag und Schriftleitung DAS WORT

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241010-12/fragment/page=0010